

Gedenkstätten- Nr. 17 / Nov. 2016 / 1,- Euro Rundschau

Gemeinsame Nachrichten der Gedenkstätten KZ Bisingen, KZ-Gedenkstätten Eckerwald/Schörzingen und Dautmergen-Schömburg, Ehemalige Synagoge Haigerloch, KZ Gedenkstätte Hailfingen · Tailfingen, Alte Synagoge Hechingen, Stauffenberg Gedenkstätte Albstadt-Lautlingen, Löwenstein-Forschungsverein Mössingen, Ehemalige Synagoge Rexingen, Gedenkstätte Synagoge Rottenburg-Baisingen, Ehemalige Synagoge Rottweil, Geschichtswerkstatt Tübingen

Stele zum Gedenken an das jüdische Leben Rottenburgs eingeweiht

Karlheinz Geppert, Rottenburg am Neckar

Bereits seit etlichen Jahren gab es im Vorstand und im Beirat des Fördervereins Synagoge Baisingen e.V., dem auch die jüdische Geschichte Rottenburgs satzungsgemäß ein besonderes Anliegen ist, Überlegungen zu einem Erinnerungsmal an eben diese wechselhafte Geschichte. Insbesondere die Standortsuche gestaltete sich nicht gerade einfach, einig war man sich freilich recht schnell, dass mit diesem dauerhaften Zeichen nicht nur an die Shoa, sondern an die „ganze“ Historie erinnert werden soll. Erfreulicherweise leben heute wieder Jüdinnen und Juden in der Großen Kreisstadt, deren Kernstadt eine eigene jüdische Geschichte aufzuweisen hat, die sich in historischer Zeit in drei Epochen gliedern lässt: Erste Anfänge (Ende 13. bis Mitte 14. Jahrhundert), kurze Blütezeit (Ende 14. bis Ende 15. Jahrhundert) sowie Neubeginn und schreckliches Ende (Mitte 19. bis Mitte 20. Jahrhundert).

Für die Umsetzung dieser Gedanken konnte der renommierte Kiebinger Bildhauer Ralf Ehmann gewonnen werden, dessen Eugen-Bolz-Stele auf dem gleichnamigen Platz an den früheren Staatspräsidenten und NS-Widerstandskämpfer erinnert.

Letztendlich erschien der Metzelpfad als der geeignetste Standort – am Rande des mittelalterlichen jüdischen Viertels südöstlich der



Der Bildhauer Ralf Ehmann und Oberbürgermeister Stephan Neher enthüllen gemeinsam die Stele zum Gedenken an jüdisches Leben in Rottenburg. Foto: Steffen Schlüter



*Landesrabbiner Wurmser sprach als Vertreter der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg zu den Festgästen. Im Hintergrund Oberbürgermeister Stephan Neher, die Bischöfe Dr. h.c. Frank Otfried July und Dr. Gebhart Fürst, Kulturamtsleiter Karlheinz Geppert und der Künstler Ralf Ehmann.
Foto: Steffen Schlüter*

Kirche St. Martin (heute Dom), in der Nähe der einstigen Synagoge (Bereich Schulergasse / Stadtlänggasse) sowie der Judengasse (nahe der Zehntscheuer). Am 24. März 2015 konnte die Entwurfsplanung der Gedenkstele samt der Einbindung in den Metzelpfplatz-Brunnen (Entwurf: Landschaftsarchitekturbüro Prof. Schmid Treiber Partner, Leonberg) im Rottenburger Gemeinderat vorgestellt werden, der den Planungen nach eingehender Diskussion mit großer Mehrheit zustimmte. Während das Kunstwerk aus Mitteln des Fördervereins finanziert wurde, trug die Stadt die nicht unerheblichen (Um-)Gestaltungskosten.

Ein gutes Jahr später – am Sonntag, 17. April 2016, wurde das Werk auf Einladung des Rottenburger Oberbürgermeisters Stephan Neher der interessierten Öffentlichkeit vorge-

Die Drucklegung der Gedenkstätten-Rundschau Nr. 17 wurde durch die Stadt Rottenburg am Neckar gefördert. Der Vorstand und die Mitgliedsinitiativen des Gedenkstättenverbundes danken für diese Unterstützung.

stellt. Anwesend waren, neben über zweihundert geladenen und weiteren Gästen, Landesrabbiner Netanel Wurmser, Bischof Dr. Gebhard Fürst, Landesbischof Dr. h.c. Frank Otfried July und der Bildhauer Ralf Ehmann. Musikalisch umrahmt wurde der Festakt, an dem auch die Abgeordneten Dr. Martin Rosemann MdB und Rita Haller-Haid MdL teilnahmen, von der Stadtkapelle Rottenburg.

OB Stephan Neher, zugleich Vorsitzender des Fördervereins Synagoge Baisingen, skizzierte die Geschichte der Juden in Rottenburg in kurzen Zügen. Die erste Nennung eines jüdischen Einwohners lässt sich ins Jahr 1286 zurückverfolgen. Es gab Zeiten des friedlichen Miteinanders, aber auch Zeiten der Verfolgung und Vertreibung, zuletzt 1939 bis 1944 unter dem NS-Regime. Das Denkmal soll daher an beides erinnern - an das Miteinander, an das Nebeneinander und an die Ausgrenzungen.

Anschließend stellte der Künstler Ralf Ehmann sein Denkmal vor: Drei Blöcke im Stein für die drei Epochen jüdischen Lebens in der Geschichte Rottenburgs und ihre Spuren – Spuren von Verfolgung, aber auch vom gewöhnlichen Alltag. Auch die Figur eines „Fragenden“ ist auf dem

Denkmal abgebildet. Sie weist in die Zukunft und stellt sozusagen den Heutigen die Frage: „Welche Spuren wollen wir hinterlassen?“

Landesrabbiner Netanel Wurmser dankte danach allen, die das Zustandekommen des Denkmals ermöglicht hatten und ging unter anderem auf das heutige jüdische Leben in Europa ein: Zwar nach dem Holocaust wieder existent, zugleich aber erneut bedroht, so dass viele Juden wieder ans Auswandern denken, um in Sicherheit leben zu können. Er erinnerte an die Namen der jüdischen Rottenburger, die bis ins 20. Jahrhundert hinein hier ihre Heimat hatten: Etwa die Horkheimers, die Berlizheimers, die Bauer und Dierberger.

Der katholische Bischof Dr. Gebhard Fürst sah mit dem neuen Denkmal den Metzelpfplatz als einen Ort der Erinnerung an die reiche jüdische Kultur in unserem Land. Er bedauerte die Verfolgungen der Juden unter dem NS-Regime und fand kritische Worte über das Verhalten der Kirchen in dieser Zeit, zugleich warnte er vor einem erneuten Aufkommen von Fremdenhass: „Das Böse schleicht sich langsam in unser Leben.“

Der evangelische Landesbischof Württembergs, Dr. h.c. Frank Otfried

July, sah in dem heutigen Miteinander der Religionen, das alles andere als selbstverständlich sei nach den Gräueln des NS-Regimes, eine Bereicherung und das neue Denkmal damit als Teil einer erhofften lebendigen Erinnerungskultur. Auch er bedauerte die frühere oftmals antijüdische Haltung der Kirchen und schloss mit dem alten jüdischen Gebot: „Erinnere Dich.“

Erinnerung an eine lange, jedoch recht wechselvolle Geschichte: „In dieser Stadt hat es auch vor Jahren viel Juden gehabt, welches alte Brief und Schriften gute Anzeigung geben“ heißt es 1609 in der Chronik des Christoph Lutz von Lutzenhartt. Künftig erinnert eine schlanke, wasserumflossene Säule aus Untersberger Marmor an die jüdische Geschichte Rottenburgs, die nicht nur aus Vergangenheit besteht, sondern auch in die Zukunft weist. Sie verweist auch auf den Umgang mit „Minderheiten“, mit anderen Religionen – ein Thema, das heute aktueller ist denn je. Hier einige Auszüge aus Beiträgen zur Einweihung:

Ralf Ehmann, Bildhauer, Rottenburg am Neckar-Kiebingen:

„Geschichte ist in Rottenburg allgegenwärtig. Denken wir uns die Geschichte als Abdrücke der Zeit, so sind wir hier übersät von Spuren der Vergangenheit. Wir lenken unseren Blick heute auf eine besondere Vergangenheit dieser Stadt: Es ist die jüdische Geschichte.

Wenn wir von Geschichte reden, dann hört sich das zuerst abstrakt an. Wenn wir von jüdischer Geschichte reden, reden wir von Menschen, Mitbürgern jüdischen Glaubens. Menschen, die vielleicht wie Ihre Nachbarin, Ihr Nachbar, die neben Ihnen stehen, waren.

Wir stehen heute vor diesem Denkmal, das an die Geschichte des jüdischen Lebens hier erinnert.

Was ist zu sehen? Ein Block, ein Pfeiler, drei Epochen des jüdischen Lebens sind symbolisch darin eingearbeitet und dargestellt. Zu sehen sind Zeichen und Andeutungen.

Die figürlichen Darstellungen sind so gearbeitet, als ob sie teilweise freigelegt wurden und denkbar wäre,

dass darin noch weitere Figuren verborgen sind. Wie ein Blick in die Vergangenheit, von der wir auch nur einen Teil wirklich kennen.

Die Zahl drei nimmt in der Gestaltung des Denkmals durch die drei Epochen des jüdischen Lebens in Rottenburg eine wichtige Rolle ein. Es sind drei Davidsterne eingemeißelt. Auch die bearbeiteten oder aufgebrochenen Stellen mit den Figuren sind drei an der Zahl.

Um das Denkmal eindeutig zu machen, wurden Davidsterne eingemeißelt, als Symbol für das Judentum. Sie sind mal stärker, mal auslaufend und / oder abgeschnitten dargestellt. Drei Davidsterne, die nicht ein einziges Mal vollständig eingearbeitet wurden: Symbol dafür, dass immer wieder die jüdischen Bewohner flüchten mussten, vertrieben oder deportiert und ermordet wurden.

Wichtig war mir jedoch auch, dass der Blick auf das Alltägliche, das Zusammenleben gelenkt wird. So können Sie Szenen entdecken wie eine Frau mit Kind oder ein Mann. Sie tun nichts Besonderes, sie sind einfach nur da. Sie nehmen auch Bezug auf die Gegenwart, das Leben im Alltag, hier auf dem Metzelpfad. Den historischen Bezug stellte ich her durch eine Darstellung von zwei Figuren in mittelalterlicher Kleidung, mit besonderem Hut und einem runden Zeichen auf der Kleidung, denn im Mittelalter gab es Kennzeichnungspflicht für Juden.

Zweimal sind kleine Gruppen zu sehen. Eine Gruppe deutet auf die Zusammengehörigkeit und das Zusammenleben, die andere Gruppe deutet auf die schrecklichen Dinge, die diesen Menschen zugefügt wurden, Vertreibung, Demütigungen, Deportationen auf dem Weg zu den systematischen Ermordungen. Die Religion hat einen eindeutigen Platz erhalten, dargestellt durch eine eingearbeitete Tora, ebenso ist ein Betender zu sehen.

So deuten all die Darstellungen auf die Geschichte. Eine Figur jedoch deutet auf etwas anderes. Für mich war beim Herstellen die Frage gekommen: Was ist denn heute? Gibt es denn wieder jüdisches Leben in Rottenburg? Wie wollen wir denn

zusammenleben, wie gehen wir denn miteinander um - mit unseren unterschiedlichen Vorstellungen, Lebensweisen und Religionen?

Durch diese Fragestellung entstand, oben neben der Tora, eine Figur, die ich den Fragenden nenne. Diese Figur hebt die Hand, hebt den Kopf in Richtung Himmel, den Blick in die Zukunft, fragend. (...)

Wasser umfließt die Skulptur. Wasser ist ein Symbol für das Leben und auch für die geistige Reinigung. Ich sehe in diesem Wasser ein Zeichen der Hoffnung mit der Bitte um Verzeihung für die Ungerechtigkeiten und unsäglichen Verbrechen, die begangen wurden. Blicken wir in die Zukunft, denken wir an ein gutes Zusammenleben, so dass in diesem Wasser Kinder sorglos spielen können.

Zu Anfang sprach ich von Spuren der Vergangenheit. Spuren entstehen durch unser Verhalten und Handeln. Und so sollen die Erkenntnisse aus der Vergangenheit uns in der Gegenwart den richtigen Weg weisen, damit wir eine gute Zukunft erschaffen können.

Und so stelle ich abschließend die Frage: Welche Spuren wollen wir hinterlassen?“

Bischof Dr. Gebhard Fürst, Diözese Rottenburg-Stuttgart:

Wir sind zusammengekommen, um das Denkmal „Jüdisches Leben in Rottenburg“ einzuweihen. Wir wollen uns dankbar der Geschichte des jüdischen Lebens in Rottenburg erinnern. Wie reich diese Geschichte war und dass sie trotz allem, was geschehen ist, hereinreicht in die Gegenwart, das hat Kulturamtsleiter Karlheinz Geppert in der „Rottenburger Post“ gestern (16. April 2016) eindrucksvoll dargestellt.

Wir wollen anlässlich der Enthüllung, der Einweihung der Stele uns auch erinnern, dass diese Geschichte immer wieder Opfer unter den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger gefordert hat. Insbesondere während der Hitlerdiktatur und des Naziregimes von 1933–1945. Die Stadt Rottenburg und wir alle, die Menschen, die hier leben, erhalten mit dem Mahnmahl einen Ort der Erinnerung – einen Ort, auf den wir uns beziehen können, wenn wir trauern

und an dem wir auch zeigen, wie sehr uns das Schlimme, das in den Epochen jüdischen Lebens auch geschehen ist, noch heute schmerzt und welch große Schuld damit verbunden ist. Leider waren Christen allzu oft in die Schuldgeschichte gegenüber dem jüdischen Leben bei uns verwickelt, durch Tun oder Wegschauen. Am 12. März 2000 hat Papst Johannes Paul II. in einem feierlichen Akt auch ein Schuldbekenntnis im Verhältnis zum Volk Israel ausgesprochen. Er hat gebetet:

*Gott unserer Väter,
du hast Abraham und seine Nachkommen auserwählt, deinen Namen zu den Völkern zu tragen:
Wir sind zutiefst betrübt über das Verhalten aller, die im Laufe der Geschichte deine Söhne und Töchter leiden ließen.
Wir bitten um Verzeihung und wollen uns dafür einsetzen,
dass echte Brüderlichkeit herrsche mit dem Volk des Bundes.
Darum bitten wir durch Christus unseren Herrn.*

Hier, an dieser Stelle, ist der Ort an dem wir uns die Frage stellen müssen: „Wie konnte es soweit kommen – mitten unter uns?“ Bereits mit dem ersten Akt der Gewalt gegen die Menschen, die bei uns, mit uns und unter uns gelebt haben, bereits mit den ersten willkürlichen Schikanen und Repressionen, mit der Enteignung und der Entrechtung, mit der Ausgrenzung und schließlich mit dem Abtransport und der Ermordung zahlloser Unschuldiger, ist jüdisches Leben auch hier in Rottenburg zerbrochen. Zerbrochen sind in Deutschland und vielen anderen Ländern Europas nicht nur die Leben der Opfer. Verändert hat sich fortan auch das Leben der Zurückgebliebenen. Auch die Täter blieben zurück. Bis heute dürfen wir die Täter nicht von ihrer Schuld für das unendliche Leid so vieler Menschen entlasten.

Was immer wieder geschehen ist hier in der Stadt, die seit Anfang des 19. Jahrhunderts auch Bischofsstadt ist, gehört zu der Schuldgeschichte, die mit dem jüdischen Leben bei uns verbunden ist. Was geschehen ist, ist kein historisches Faktum, das sich einfach ad acta legen ließe. Das

Geschehene, die Wunden, die ehemals geschlagen wurden, lassen sich nicht auslöschen. Der Genozid an Millionen unschuldiger und wehrloser jüdischer Bürger und weiterer zahlloser schutzloser Menschen berührt die Grenze unseres Verstehens.

Können wir, ja dürfen wir den Höhepunkt der Verachtung der Schöpfung Gottes überhaupt in Worte fassen? – „Weint mit den Weinenden“, schreibt der Apostel Paulus im Römerbrief (Röm 12,15). Mitleiden, das ist der tiefste Ausdruck der Solidarität für die unzähligen unschuldigen und oft namenlosen Opfer.

Diese Stele hier am Metzelpfad schafft auf künstlerische Weise einen bleibenden Ort des Gedenkens. Die Stele erinnert an das jüdische Leben in Rottenburg. Die Stele ist gleichzeitig der Versuch, sich jener Erinnerung verantwortlich zu stellen, die für die Zukunft und Gegenwart Bedeutung haben muss. Dieses Denkmal soll uns und den nachfolgenden Generationen zugleich zeigen, dass wir heute ohne dieses reiche jüdische Leben bei uns ärmer geworden sind. In einer Zeit des zunehmenden Antisemitismus, in der jüdisches Leben in Israel und in vielen Teilen der Welt, aber auch in Europa und in Deutschland erneut bedroht ist, ist es wichtig, dass wir solche Orte des Erinnerens schaffen.

So wird dieser Ort hier, der Metzelpfad in der Stadt Rottenburg, zum Ort des Gedenkens, zum Ort der Trauer für die Opfer, ein Ort zur Erinnerung an die bösen Taten der Täter und vielleicht auch ein Ort des Gebets. Ich hoffe aber zugleich, dass die Dankbarkeit gegenüber dem reichen jüdischen Leben seit dem 13. Jahrhundert hier in Rottenburg durch die Schuldgeschichte nicht ausgelöscht wird. Aus dieser Dankbarkeit erwächst uns die rechte Verantwortung und Kraft, alles zu tun, dem Antisemitismus schon in den kleinsten Regungen zu widerstehen und entschieden zu wehren.

So möchte ich an dieser Stelle all jenen danken, die diesen Ort des Erinnerens ermöglicht und geschaffen haben. Der Metzelpfad reiht sich nun ein in die Gedenkorte für die Opfer des Nationalsozialismus, dem Gedenkort für den Bekennerbischof Joannes

Baptista Sproll am Portal des Bischöflichen Palais und dem Ort des Gedenkens an den württembergischen Staatspräsidenten und Blutzügen Eugen Bolz. Diese Orte mahnen uns. Im aktiven Erinnern wissen wir, wohin unser Wegsehen, aber auch unser Hinsehen führen kann. Der tief empfundene Dank für das 700 Jahre und mehr währende jüdische Leben in Rottenburg möge uns dafür die Kraft geben.“

Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July, Evangelische Landeskirche Württemberg:

„(...) zur Einweihung eines Denkmals zum Jüdischen Leben in Rottenburg sind wir heute beieinander und ich möchte zunächst meine große Freude darüber ausdrücken, dass diese Einweihung in einem solch guten Miteinander geschehen kann. Dabei meine ich nicht nur das Miteinander zwischen den Vertretern der Stadt und der Kirchen, sondern vor allem auch zwischen den Repräsentanten der jüdischen Gemeinde unseres Landes und denen der christlichen Konfessionen. Auch über 70 Jahre nach Ende der furchtbaren Zeit der Shoa, in der Millionen jüdischer Menschen vertrieben und ermordet wurden, ist es überhaupt nichts Selbstverständliches, sondern immer noch ein Wunder, dass solche Begegnungen heute eigentlich problemlos möglich sind.

Vielen Dank auch an dieser Stelle dem Vertreter der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs, Herrn Landesrabbiner Wurmser, vielen Dank, dass wir – trotz mancher bis zur Gegenwart auftretenden Irritationen und noch mancher nicht überwundener Vorurteile – inzwischen auf ein so gutes Miteinander in gegenseitigem Vertrauen aufbauen können!

Auch hier in Rottenburg haben sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten viele Menschen engagiert, so dass das Verhältnis von Christen und Juden unseres Landes inzwischen von einem Miteinander und einem gegenseitigen Vertrauen geprägt ist: Ich denke an diejenigen, die sich seit den 1980er-Jahren darum bemühten, dass aus der damals heruntergekommenen ehemaligen Synagoge in Baisingen eine würdige



Gesamtansicht des Denkmals zum jüdischen Leben in Rottenburg am Metzelpfad. Foto: Steffen Schlüter

und eindrucksvoll gestaltete Erinnerungsstätte geworden ist. Ich denke an diejenigen, die durch Publikationen und durch Öffentlichkeitsarbeit die Geschichte der Juden in Rottenburg und in Baisingen aufgearbeitet und für jedermann zugänglich gemacht haben. Und ich denke an diejenigen, die dazu beigetragen haben, dass wir heute dieses Denkmal zum jüdischen Leben in Rottenburg einweihen können. Eine lebendige Erinnerungskultur, getragen von möglichst vielen und vor allem auch von jungen Menschen, ist von großer Bedeutung für ein auch in der Zukunft gelingendes und gutes Miteinander! Beschämt denken wir heute bei der Einweihung des Denkmals für die jüdische Geschichte in Rottenburg an die Jahrhunderte zurück, in denen - vor allem auch auf Grund einer falschen Lehre der Kirche - kein gutes Verhältnis bestand zwischen denen, die sich heute als Geschwister im Glauben an den einen Gott verstehen. Beschämt denken wir zurück an das Mittelalter, als - wie in vielen anderen

Städten auch - in Rottenburg in der Pestzeit 1348 das jüdische Leben in der Stadt grausam zerstört wurde. Immer wieder kam es im Mittelalter zu Pogromen gegen Juden oder zu Vertreibungen, wie aus Rottenburg in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Pogrome und Vertreibungen wurden maßgeblich gefördert durch die antijüdische Einstellung der Kirche, denken wir etwa an die Verhöhnung der Juden durch die verbreiteten Darstellungen von Synagoga und Ekklesia. Jene mit verbundenen Augen und gebrochener Lanze, diese - die Ekklesia, die Kirche - mit Krone und Zepter als den Symbolen für die angebliche Sieghaftigkeit und Überlegenheit der Kirche. Heute wissen wir, dass damals die Kirche und nicht die Synagoge für die Wahrheit blind gewesen ist! Heute wissen wir, dass die Menschen jüdischen Glaubens unsere älteren Geschwister im Glauben sind und dass der Neue Bund in Christus eine Öffnung des Heils und keine Ablösung des Bundes Gottes mit Israel ist! Inzwischen wissen wir

auch und haben dies oft so erfahren, dass wir Christen von Juden vieles lernen können, etwa in der Auslegung der hebräischen Bibel. Wir haben erfahren, dass Juden den Christen in vielem die Augen öffnen können. Beschämt denken wir zurück an die Zeit ständiger „Vergegnungen“ zwischen Juden und Christen - um einen Begriff Martin Bubers zu nehmen - bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Erst in den Jahren seit dem Ende der Shoa ist es zu neuen und offenen Begegnungen, zum Abbau von Vorurteilen und zur Korrektur falscher theologischer Einstellungen gekommen. Wir sind dankbar für alles, was in dieser Zeit gewachsen ist. Zur Geschichte der Juden in Baisingen und auch in Rottenburg gehört zwar zwischen dem 18. und 20. Jahrhundert ein zeitweise freundliches Neben- und Miteinander von Juden und Christen, aber letzteres war nicht stark genug, um den immer stärker aufkommenden Antisemitismus abzuwehren. Beschämt denken wir heute an die



Geschichte der Kirchen in der NS-Zeit zurück, in der sie der Rassen- und Vernichtungspolitik nicht entschieden widerstanden, sondern weitgehend zu ihr geschwiegen haben. Heute und auch in Zukunft müssen wir daraus lernen und alles tun, um uns gegen jede Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu stemmen.

Die Erinnerung an das, was geschehen ist, gehört in ganz besonderer Weise zu dem, was uns helfen kann, dass wir nicht noch einmal durchleben müssen, wohin Rassismus und Fremdenfeindlichkeit führen können. Das Gebot, uns zu erinnern, nimmt dabei ein wichtiges Anliegen der Bibel auf. Es gehört zwar nicht zu den Zehn Geboten, aber es kommt dennoch häufig vor: die Mahnung der hebräischen Bibel: „SACHOR“ – „erinnere



Fotos: Steffen Schlüter

dich!“ Erinnern sollen wir an Ereignisse in der Geschichte: zum einen an Geschehnisse, durch die Gott den Menschen und seinem Volk Gutes getan hat, zum anderen aber auch an

Ereignisse der Geschichte, aus denen wir für die Gegenwart und die Zukunft lernen können.

Das Denkmal für die Geschichte der Juden in Rottenburg soll in diesem Sinne eine Mahnung für die Zukunft sein, dass die Erinnerung an die Geschichte der Juden in dieser Stadt einen selbstverständlichen Raum innehat, ja dass in der Zukunft weitere Formen der Erinnerung möglich sind. In einer Zeit des 21. Jahrhunderts, wo es ganz neue Herausforderungen gibt im Blick auf Toleranz und auf neues Zusammenleben zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen, ist die Erinnerung an gelungenes und immer wieder auch bedrohtes Miteinander von großer Bedeutung, damit niemand die Vergangenheit neu durchleben muss.“

Ausstellung „Anwalt ohne Recht“

Rede zu den Eröffnungen in der Synagoge Hechingen und im Museum Jüdischer Betsaal Horb, im April und Mai 2016

Hartmut Kilger, Tübingen

Rechtsanwalt Hartmut Kilger, ehemaliger Präsident des Deutschen Anwaltvereins, sprach zur Eröffnung der von der Bundesanwaltschaft in Berlin in Auftrag gegebenen Wanderausstellung „Anwalt ohne Recht“ in Hechingen und Horb. Wir danken Herrn Kilger für die Überlassung seiner bemerkenswerten Rede.

Die Ausstellung „Anwalt ohne Recht“ ist seit über 15 Jahren unterwegs. Viel ist zu ihr bei zahlreichen Veranstaltungen schon gesagt und veröffentlicht worden. Ich selbst war mit ihr als Repräsentant des Deutschen Anwaltvereins in Jerusalem und kenne ihren Inhalt und ihr Anliegen seit langer Zeit. Einerseits ist die lange Lebensdauer dieser Ausstellung zu bewundern, andererseits ist es schwer, zu ihr Neues zu sagen.

Zur Vorbereitung habe ich den in meiner Bibliothek vorhandenen Band des gebundenen Reichsgesetzblattes 1933 hervorgezogen. Ich besitze ihn nur deswegen, weil ihn mein Freund Prof. Dr. Hermann Lichtenberger von der evangelisch-theologischen Fakultät in Tübingen mir zu einem runden Geburtstag geschenkt hat. In geordneten Staaten jeglicher Couleur sind Gesetzblätter die Grundlage der staatlichen Ordnung. Sie werden kontinuierlich, manchmal täglich, herausgegeben. Sie enthalten den Text der beschlossenen Gesetze, die mit Abdruck und Veröffentlichung im Gesetzblatt inkrafttreten. Sie werden dann jährlich zu voluminösen Bänden gebunden und stehen in allen einschlägigen Bibliotheken. Für Juristen sind sie die Grundlage des Faches: Jeder Jurist und besonders jeder angehende Jurist wird kontinuierlich aufmerksam beobachten, was jeweils neu im Gesetzblatt steht. So gibt es schon aus der Kaiserzeit, dann in der Weimarer Republik und eben zu Beginn der NS-Diktatur die Sammlung der Gesetzblätter, die seit Gründung der Bundesrepublik Bundesgesetzblatt heißen.



Hartmut Kilger bei der Eröffnung der Ausstellung im Museum Jüdischer Betsaal in Horb.
Foto: Hans-Michael Greiß, Horb.

Der Band des Reichsgesetzblattes 1933 ist etwa 5 bis 6 cm dick. Das Durchblättern nur der ersten knapp 2 cm offenbart einen tiefen Blick in die damalige Entwicklung, die von Ende Januar bis Anfang April reicht, also den kurzen Zeitraum von rund zehn Wochen umfasst.

- Das Reichsgesetzblatt Nr. 7 vom 31. Januar 1933 weist erstmals eine Unterschrift des Reichskanzlers Adolf Hitler aus. Es handelt sich um eine Verordnung, die aufgrund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erging und deswegen die Unterschriften des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers trägt. Blättert man zurück, so findet man ab Jahresbeginn ausschließlich Verordnungen und keine Gesetze. Verordnungen sind Maßnahmen der Exekutive; das Parlament ist nicht beteiligt. Die Weimarer Reichsverfassung hatte die Führung des Reichs im Verordnungswege aufgrund des erwähnten Artikels ermöglicht.
- Einige Seiten weiter findet man die

Verordnung vom 7. Februar 1933, die die Hauptwahlen zum Reichstag zum 5. März 1933 vorsah.

- Das Reichsgesetzblatt Nr. 17 vom 28. Februar 1933 weist dann, ebenfalls mit der Unterschrift von Hindenburg und Adolf Hitler, die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ aus. Sie setzte, was Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung ebenfalls ermöglichte, wesentliche Grundrechte außer Kraft. Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post- Telegraphen- und Fernsprecheheimnis, die Anordnung von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmen sowie die Beschränkung des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen wurden zulässig. Der Verfassungsartikel hatte vorgesehen, dass die Einschränkung der Grundrechte dann möglich sein würde, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört und gefährdet sein würde. Im Eingangssatz der Verordnung heißt es dazu, die Maßnahmen würden zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte ergriffen. Die Lektüre dieser nur aus einem einzigen Blatt bestehenden Notverordnung musste jeden Juristen alarmieren, nicht zuletzt, als das Datum dieser Verordnung mit dem Reichstagsbrand vom 27. auf den 28. Februar 1933 zeitlich zusammenfällt.
- Nur einen knappen Monat später, nämlich im Reichsgesetzblatt Nr. 25 vom 24. März 1933 findet sich das erste Gesetz im gesamten Band, das vom Reichstag beschlossene „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, das so genannte Ermächtigungsgesetz. Dessen Art. 1 beginnt mit dem Satz: „Reichsgesetze können außer in dem in

der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden“. Damit war mindestens für jeden Juristen klar, wie die Zukunft aussehen würde: Der Reichstag wurde für Gesetze nicht mehr benötigt und eine Mitwirkung des Reichspräsidenten war entbehrlich: Die Reichsregierung konnte allein agieren. Auch dieses Ermächtigungsgesetz besteht aus einem einzigen Blatt und aus nur fünf Artikeln. Es ist fachlich eine juristische Meisterleistung: Mit wenigen Sätzen wurde umschrieben, was gemeint war. Die Demokratie ist abgeschafft. Bemerkenswert hierzu ist noch Art. 5: Es war vorgesehen, dass das Gesetz mit dem 1. April 1937 außer Kraft treten sollte, ferner dann, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst werden würde. Das Gesetz war also ausschließlich auf die gegenwärtige Reichsregierung zugeschnitten, und dies auch nur für einen Zeitraum von vier Jahren. Juristisch war dies allerdings eine höchst unvollkommene Beschränkung: Wenn die vorhandene Reichsregierung Gesetze allein beschließen konnte, konnte sie auch die zeitliche Beschränkung des Artikels 5 abschaffen. Die Beseitigung der Demokratie war also auf Dauer gesichert.

Das Gesetz war möglich geworden, obwohl die NSDAP in der Wahl vom 5. März 1933 bei fast 89 % Wahlbeteiligung nur 43,9 % der Stimmen gewonnen, also keine absolute Mehrheit errungen hatte. Aber die Parteien der politischen Mitte waren nicht standhaft geblieben und umgefallen, so dass das Gesetz nur die historisch berühmt gewordenen Gegenstimmen von der SPD erhielt (andere Oppositionsparteien waren längst entfernt). Innerhalb zwei Monaten war also juristisch freie Bahn geschaffen.

- Und es hat nur zwei Wochen gedauert um die freie Bahn umzusetzen. Neben unbedeutenden Verordnungen erfolgten Schlag auf Schlag Gesetze über die Gleichschaltung der Länder und zur Ausweitung und Methode der Todesstrafe. Aber

dann folgte mit dem Reichsgesetzblatt Nr. 34 am 7. April 1933 das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ mit der alleinigen Unterschrift von Adolf Hitler und seiner beiden Reichsminister des Innern und der Finanzen. § 1 sah die Möglichkeit vor, Beamte aus dem Amt zu entlassen, wobei dies in § 3 für Beamte zwingend vorgesehen wurde, die „nichtarischen Abstammung sind“. Ausgenommen waren (vorerst) nur Beamte, die sich im Ersten Weltkrieg ausgezeichnet hatten. Was „arische Abstammung“ bedeutet, sagte das Gesetz nicht.

- Nur drei Tage später wurde das ebenfalls am 7. April 1933 beschlossene „Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft“ mit dem Reichsgesetzblatt Nr. 36 vom 10. April 1933 verkündet. Dort wurde festgelegt, dass die Zulassung von Rechtsanwälten, die im Sinne des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 nichtarischen Abstammung sind, bis zum 30. September 1933 zurückgenommen werden können. Das Gesetz besteht aus sechs Paragrafen und zeichnet sich damit wie alle seine Vorgänger durch prägnante Kürze und leichte Verständlichkeit aus.
- Da das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums dem Reichsminister des Innern die Durchführung im Verordnungswege übertragen hatte, hat dieser am 11. April 1933 (also wieder nur vier Tage später), verkündet im Reichsgesetzblatt Nr. 37, vorgesehen: „Als Nichtarier gilt, wer von nichtarischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Es genügt, wenn ein Elternteil oder ein Großelternanteil nicht Arier ist“. Dem Juristen, der dies las, musste offenkundig sein, dass es an einer Definition dessen fehlte, was „arisch“ sei. Das wurde ersichtlich mit Absicht offen gelassen – sogar eingekleidet in eine Fiktion („gilt“). Geregelt wurde nur die Konsequenz des Nichtarischen, zwingend für Menschen jüdischer Abstammung. Was arischer Abstammung sei, wurde Gutachten überlassen, die von beim Reichsminister des Innern

bestellten Sachverständige erstellen sollten (§ 3 Abs. 3 der Verordnung). Diese Technik legt die zynische Verfahrensweise von vornherein offen: Der Staat wollte freie Hand haben, wen er als Beamten und als Anwalt auszumerzen hatte. Dass die Bezeichnungen der Gesetze mit den Worten „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ und „Zulassung zur Rechtsanwaltschaft“ purer Hohn waren, konnte dem aufmerksamen Beobachter nicht entgangen sein.

Damit war das für notwendig gehaltene Werk binnen kürzester Zeit mit prägnanten, ausgezeichnet ausgearbeiteten Gesetzen vollbracht. Einige der wesentlichen Faktoren der Staatsfunktionen war ausgeschaltet. Wer heute diese ersten knapp zweihundert Seiten des Reichsgesetzblattes 1933 mit diesen Stationen durchgesehen hat, steht vor der bangen Frage, was sich der aufmerksame Jurist in den Monaten Februar, März und Anfang April 1933 im Stillen gedacht haben mag. Man möchte sich die Antwort nicht ausmalen.

Es war doch klar, was geschehen war. Zwar herrschte wirtschaftliche Not und politisches Chaos. Aber Grundrechte waren aufgehoben worden, die Demokratie war abgeschafft, die kritischen Stimmen im Staat sollten beseitigt werden. Immerhin hatte man doch rund 15 Jahre Erfahrung nach dem ersten Weltkrieg hinter sich; man wusste, zu welchem Ergebnis der hoheitliche Staat hatte führen können. Bei allen Unzulänglichkeiten der Weimarer Zeit hatte man die Freiheit doch erlebt; Juristen waren in ihr ausgebildet worden.

Für den Rahmen der vorliegenden Ausstellung ist von Interesse, welchen Stellenwert der diktatorische Staat der Anwaltschaft zumaß. Dass er willfähige Beamte brauchte, um seine Vorhaben durchsetzen zu können, ist einleuchtend: Widerspenstige Beamte (und jüdische Beamte wurden per se dafür gehalten) waren zu beseitigen. Aber auch die Anwälte kamen zeitgleich ins Visier, und dies aus zwei Gründen:

- Anwälte sind als Berufsstand immer unbequem – sie müssen es sein. Denn es ist ihre Aufgabe, Individuen



Prof. Dr. Max Alsberg, Anfang der 1930er Jahre. Quelle: *Anwalt ohne Recht*.



Dr. Erich Frey (Mitte, stehend) während des „Immertreu“-Prozesses. Foto von Erich Salomon, 1928. Quelle: *Anwalt ohne Recht*.

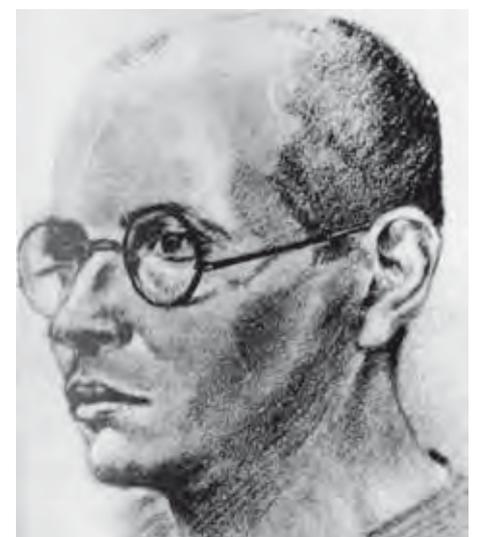
auch gegen den Staat zu vertreten. Sie sind kreativ bei der Vertretung von Freiheitsrechten. Deswegen haben diktatorische Staaten immer nach Mitteln gesucht, die freie Anwaltstätigkeit nach Möglichkeit zu unterdrücken. Die NS-Diktatur steht hier nicht allein. Die Anwaltschaft in der DDR führte ein kümmerliches unterdrücktes Dasein. Was mit Anwälten geschieht, demonstriert China soeben mit aller Deutlichkeit. Selbst im voll ausgebildeten Rechtsstaat kann jeder Anwalt über Erlebnisse berichten, wie er insbesondere von Teilen der Exekutive in Teilen seiner Tätigkeit mit Misstrauen betrachtet wird. Insoweit geht es ihm nicht anders als den Journalisten. Eine nicht unwesentliche Tätigkeit auch der heutigen Anwaltschaft besteht deswegen darin, in ihren Stellungnahmen den Wert des einzelnen Interesses hochzuhalten, was gerade in Zeiten gefährdeter Sicherheit und der Kompetenzerweiterung der Exekutive von erheblicher Bedeutung ist

- Der zweite Grund bestand zweifellos darin, dass jüdisch orientierte Anwälte ein wichtiger Faktor in der Anwaltschaft gewesen sind. Schätzungen reichen für bestimmte Bereiche, z.B. in Berlin, bis zu 25 %. Berühmte jüdische Anwälte wie Max Ahlsberg oder Erich Frey prägten das Bild der Anwaltschaft. Der Präsident des Deutschen

Anwaltvereins bis 1932, Martin Drucker, war jüdischer Abstammung. Dasselbe gilt für Hans Litten, der einzige, welcher Hitler in einem Gerichtsverfahren erheblich unter Druck setzen konnte und dafür später schwer gebüßt und sich das Leben genommen hat. Eindrucksvoll für mich war, wie anlässlich der Einweihung des Mahnmals des Deutschen Anwaltvereins für getötete jüdische Kolleginnen und Kollegen in Berlin Frau Knobloch, die damalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden, über ihren Vater und die eigenen Erlebnisse mit ihm berichtete: Er war Anwalt in München gewesen; sie hatte seine Entrechtung miterlebt. Insgesamt hat die Bedeutung des jüdischen Faktors in der Anwaltschaft zweifellos auch historische Gründe: Da jüdischen Mitbürgern traditionell der Zugang zum Beamtentum verschlossen gewesen war, hatten sich viele von ihnen den freien Berufen in der Anwaltschaft, Ärzteschaft und Architektenschaft zugewandt. Das musste den Nationalsozialisten erst recht ein Dorn im Auge sein. Vielleicht sollte nicht unerwähnt bleiben, dass auch der erste Präsident des Deutschen Anwaltvereins nach dem Kriege jüdischer Abstammung gewesen ist. Man muss wissen, dass die Anwaltschaft seit 1871 durch den Deutschen Anwaltverein repräsentiert war; die Bundesrechtsanwaltskammer, ver-

dienstvoller Organisator der vorliegenden Ausstellung, ist erst mit der Bundesrechtsanwaltsordnung 1959 geschaffen worden.

Die Folgen der beschriebenen gesetzgeberischen Maßnahmen im Jahr 1933 in den Folgejahren sind in dieser Ausstellung eindrücklich dargestellt. Den Gesetzen folgte die tatkräftige Umsetzung, die Entfernung der missliebigen Beamten und Anwälte, die Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz, die Einziehung ihres Vermögens und die endgültige totale Eliminierung. Alles wurde konsequent, programmgemäß und erfolgreich



Rechtsanwalt Hans Litten, nach einer Skizze im KZ erstellt von einem Mithäftling. Quelle: *Anwalt ohne Recht*.



Nach dem Zwangsverkauf des Wohn- und Kanzleigebäudes der Familie Hayum an die Stadt Tübingen zog dort dort die SA-Standarte ein. Foto: Geschichtswerkstatt Tübingen.



Gedenktafel am Wohn- und Kanzleigebäude in der Uhlandstraße 15 in Tübingen. Foto: Geschichtswerkstatt Tübingen.

umgesetzt. Wirklichen Widerstand jedenfalls bei den Juristen war nicht erkennbar.

Schrecklich ist dann der Blick auf den Deutschen Juristentag im Herbst 1933, welcher in einer der Leipziger Messehallen stattfand. Der Deutsche

Juristentag ist eine Institution. Der Träger ist ein Verein, der ihn alle zwei Jahre veranstaltet, dies seit dem Jahre 1860, durchgehend bis heute. Beim 1. Juristentag vom 28. August 1860 sind 1700 deutsche Juristen anwesend gewesen, Professoren, Wissenschaft-

ler, Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte. Die Juristentage in der heutigen Bundesrepublik versammeln regelmäßig bis zu rund 3000 Juristen. Die Kölnische Zeitung vom 1. Oktober 1933 hat für die Eröffnungsveranstaltung im Herbst 1933 aber eine Zahl von 27.000 Juristen gemeldet! Der offizielle Tagungsband nennt 12.300 Juristen. Welche der beiden Zahlen richtig ist, kann hier offenbleiben: Feststeht, dass die Präsenz der deutschen Juristen im Herbst 1933 das übliche Maß um ein Vielfaches übertraf. Wenn man berücksichtigt, dass viele Juristen von April bis Herbst 1933 eliminiert worden waren, so wird man ohne weiteres sagen können, dass der Kern der deutschen Juristenschaft auf diesem Juristentag anwesend gewesen ist. Adolf Hitler hat selbst gesprochen, geleitet wurde die Veranstaltung von Hans Frank, dem späteren Kriegsverbrecher von Krakau. Alle die dort anwesenden Juristen haben also nicht nur auf direktem Wege die Spitzen der Diktatur kennengelernt, sie hatten gesehen, was der Gesetzgeber im Winter und Frühjahr 1933 vorgesehen, die Exekutive und deren Organe in der Folgezeit umgesetzt hatten. Fest steht damit auch: Keiner der beteiligten Juristen hatte nicht wissen und absehen können, was geschehen war. Wenn es einen Berufsstand gegeben hat, der sich nach dem Fall der Diktatur nicht auf Nichtwissen berufen konnte, dann ist der Berufsstand der Juristen gewesen. Das wirft auch ein deutliches Licht auf das hier nicht zu behandelnde Versagen der Juristenschaft in der Nachkriegszeit.

Angefügt sei vorsorglich: Dem Verein Deutscher Juristentag kann man einen Vorwurf nicht machen. Er hat sich im zeitlichen Zusammenhang aufgelöst. Die Nationalsozialisten hatten seinen Namen und seine Tradition okkupiert. Das Augenmerk gilt nicht dem Verein deutscher Juristentag, der sich von der Veranstaltung distanzierte; das Augenmerk gilt der deutschen Juristenschaft insgesamt, die, befohlen oder nicht, so zahlreich mit Heilrufen anwesend war (nachlesen kann man das z.B. bei Rainer Maria Kiesow in MYOPS 2010, Seite 4 ff). Immerhin: man konnte

Dr. Manfred Scheuer (in der Mitte mit Stock) mit Männern aus Rexingen bei der Errichtung der Siedlung Shavei Zion im Britischen Mandatsgebiet Palästina am 13. April 1938. Foto: Synagogenverein Rexingen.



auch klar sehen, wie die Reaktion der wahren Vertreter des Juristentags zeigt.

Zieht man all dies in Betracht, so tritt nicht nur die Relevanz der hier zu eröffnenden Ausstellung zu Tage; es wird auch deutlich, warum dieser Ausstellung, obwohl sie erst fast 70 Jahre nach den zu besprechenden Ereignissen auf dem Weg gebracht worden ist, eine solche Resonanz und Ausdauer hat:

- Opfer gibt es nicht ohne Täter. Über Täter konnte man in der Nachkriegszeit nicht reden. Selbstverständlich hat es in den langen Jahren bis zur Jahrtausendwende Aufarbeitungen gegeben. Aber mit welchen Schwierigkeiten sie verbunden waren, haben Arbeit und Schicksal von Fritz Bauer deutlich gezeigt; die meisten frühen Veröffentlichungen (so z.B. sehr ausführlich Marx in DIE JUSTIZ Baden-Württemberg 1965, 189 ff) blieben unbeachtet, wie ich selbst – damals Student – bezeugen kann. Als Geburtsjahrgang 1943 bin ich in Tübingen auf das Gymnasium gegangen: von dem Klassenzimmer aus konnte man das Haus sehen, welches der in der Ausstellung gezeigten Rechtsanwalts-Familie Hayum gehört hatte. Deren Schicksal, ihre Vertreibung und die Vergangenheit dieses Hauses sind in Tübingen und mir erst bekannt geworden, als die Rechtsanwaltskammer Tübingen

zu ihrem Jubiläum im Jahr 2011 eine Tafel an diesem Haus enthüllt hat.

- Viele Opfer hat es nicht zuletzt deswegen gegeben, weil der Adressatenkreis offensichtlich überhaupt nicht für möglich hielt, was folgte. Für den hiesigen geographischen Raum gibt es zwar das Beispiel des Rechtsanwalts Dr. Manfred Scheuer aus Heilbronn, der konsequent war. Er ist früh ins Heilige Land ausgesiedelt und hat sich einer Gruppe von schwäbischen Juden aus Rexingen angeschlossen und mit ihnen eine neue Gemeinde begründet. Sein Handeln ist aber eine Ausnahme. Wer in Deutschland wohnte, zählte darauf, dass er Teil einer Gesellschaft mit einer historisch lange gewachsenen hohen Kultur sein und bleiben würde. Man hat offensichtlich angenommen, es werde doch nicht so schlimm kommen; die vernünftigen Kräfte im Volk und in der Gesellschaft mussten sich ja doch irgendwann regen. Also sind die Meisten trotz der Drangsalierungen geblieben. Dass – wie man später erfuhr – Goethehaus und Buchenwald nur eine Viertelstunde voneinander entfernt sind, hätte man nicht für möglich gehalten. Das Vertrauen wurde bitter enttäuscht, wie diese Ausstellung eindrücklich zeigt.

Der Deutsche Anwaltverein hat im Jahr 2008 einen umfangreichen Sammelband mit dem Titel „Anwälte und

ihre Geschichte“ herausgebracht. Dort schreibt Joel Levi, ein in Israel und weltweit tätiger Anwalt und aktueller Freund der deutschen Anwaltschaft, am Ende seines Beitrages: „Es ist bedauerlich, dass sich die Geschichtsforschung nicht intensiver mit der Täterseite befasst hat. Viele Zeitzeugen haben sich mit ihrem Aussagen hinsichtlich der Täter zurückgehalten, um das Ansehen ihrer Kollegen nicht zu beschmutzen“. Leider ist diese Feststellung richtig. Diese Ausstellung sollte den Impetus zur Erforschung der historischen Wahrheit weiter erhalten – weniger im Interesse individueller Schuldzuweisungen, sondern mehr im Sinne eines „nie mehr wieder“. Welche Verantwortung die deutsche Juristenschaft bei der Behandlung ihrer eigenen Angehörigen auf sich geladen hat, zeigt diese Ausstellung; wie deutlich sie in den wenigen Anfangsmonaten des „tausendjährigen Reiches“ mit dem, was kommen würde, konfrontiert wurde, wollte ich mit diesen Ausführungen zeigen. Es lohnt, im Reichsgesetzblatt 1933 zu blättern.

Weiterführende Literatur:
Bundesrechtsanwaltskammer (Hg.): Anwalt ohne Recht. Schicksale jüdischer Anwälte in Deutschland nach 1933. Berlin-Brandenburg, 2007.
 – Der Band beruht auf der Wanderausstellung der Bundesrechtsanwaltskammer in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Juristentag e.V.

Der Rechtsanwalt Kurt Berthold Auerbach (1883–1941), Enkel von Berthold Auerbach, dem Autor der „Schwarzwälder Dorfgeschichten“

Barbara Staudacher, Horb am Neckar

Der folgende Artikel entstand auf Anregung von Agnes Maier, der Leiterin des Auerbach-Museums in Horb-Nordstetten. Während der Ausstellung „Anwalt ohne Recht“ im Museum Jüdischer Betsaal in Horb erinnerte sie an das Schicksal des Berliner Rechtsanwalts und Notars Kurt Berthold Auerbach. Er war ein Enkel des im 19. Jahrhundert weltberühmten Nordstetter Schriftstellers Berthold Auerbach (1812–1882). Agnes Maier stellte auch die Dokumente des Bundesarchivs über Kurt Auerbach zur Verfügung, die sie von dessen Neffen Helmut Auerbach erhalten hatte.

Mit dem „Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft“ und dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 wurden jüdische Anwälte gezwungen, ihre Zulassung erneut zu beantragen. Auch ihre Stellung als Notare war aufs höchste gefährdet. Schon einige Tage vor der reichsweiten Regelung hatte in Preußen der fanatische Nazi-Justizminister Hanns Kerrl per Erlass am 31. März 1933 angeordnet, dass jüdischen Richtern, Staatsanwälten und Rechtsanwälten der Zugang zu den Gerichten in Preußen verwehrt werden sollte. Kurt Auerbach, seit 1922 selbständiger Rechtsanwalt und seit 1929 Notar in Berlin, handelte sofort. Schon am 1. April 1933 brachte er persönlich seinen Antrag zum Vorstand der Berliner Anwaltskammer. Darin schilderte er seine Kriegsteilnahme, seine Auszeichnungen, seine Verwundungen und die durch sie verursachten bleibenden gesundheitlichen Schäden. Zwei Tage später legte er nach:

„Berlin, 3. April 1933
In Ergänzung meines persönlich am 1. April gestellten Antrags, bei dem ich schriftlichen Bericht über meine Kriegsteilnahme übergab, teile ich ergebenst weiter folgendes mit:
a) zur Person im allgemeinen:
Ich bin am 28. Oktober 1893 in Berlin

geboren und am 1.4.1894 von dem damaligen Pfarrer, späteren Generalsuperintendenten Bahnsen evangelisch uniert getauft worden. Der eine meiner beiden Paten war der mit meinem Vater und Grossvater befreundete Schriftsteller Gustav Freytag. Ich bin im Jahr 1908 durch den Pfarrer Professor Dr. Reichsfreiherr von Soden, Pfarrer an der Jerusalemer Gemeinde, konfirmiert worden. Meine Eltern, der Rechtsanwalt und Notar Justizrat Eugen Berthold Auerbach, und Frau Elise Auerbach, geb. Treitel, sind von der jüdischen zur evangelischen unierten Konfession übergetreten. (...)

Mein Grossvater war der Schriftsteller Berthold Auerbach, der Verfasser der Schwarzwälder Dorfgeschichten, der in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts wegen seiner Bestrebungen für die deutsche Einheit, insbesondere wegen seiner Teilnahme bei der Burschenschaft Germania in Tübingen eine mehrmonatige Festungsstrafe erhalten und diese auf dem Hohenasperg in Württemberg verbüsst hat. Meine väterliche Familie ist seit mindestens einer Reihe von Jahrhunderten in Ober-Deutschland ansässig gewesen.“

Am 7. April 1933 sandte er per Einschreiben sein „Gesuch um erneute Zulassung als Rechtsanwalt und Bestätigung als Notar“ an den Berliner Kammergerichtspräsidenten mit der Bitte, sein Gesuch dem „Herrn Preussischen Justizminister sofort vorzulegen, damit es in Gemäßheit seiner Verfügung sich bis zum 11. April 1933 in dessen Händen befindet.“

Ein weiteres Schreiben folgte am 3. Mai 1933, wieder an den Kammergerichtspräsidenten. Hier schilderte er im Einzelnen und sehr eindringlich seine militärisch Karriere: als Kriegsfreiwilliger am 12. Oktober 1914 eingerückt, vom Gefreiten zum Unteroffizier befördert und 1916 als Leutnant der Reserve ins Offizierskorps aufgenommen. Er hatte viele Schlachten an der Weltfront zum Teil schwer verwundet überlebt:

Flandern, Ypern, Loretto, Lothringen, Verdun. Nach einem längeren Lazarett-Aufenthalt wurde er 1917 als „GV“, als „garnisonsverwendungsfähig“ eingestuft, also für den Dienst in der Etappe. Trotzdem war er wieder an Kämpfen beteiligt, so an den Rückzugsschlachten bei Cambrai und Arras. Erst kurz vor Kriegsende, im September 1918, wurde er als „GVH“ in die Heimat nach Berlin zum Bekleidungsbeschaffungsamt abkommandiert. Für seinen Einsatz hatte er das Eisernen Kreuz I. und II. Klasse und das Silberne Verwundungsabzeichen bekommen.

Am 22. Mai 1933 schickte er einen ausgefüllten Fragebogen an den Berliner Landgerichtspräsidenten zurück. Es ging dabei um seine Position als Notar, eine Tätigkeit, die mit Hilfe des „Gesetzes zur Wiedereinführung des Berufsbeamtentums“ vielen jüdischen Rechtsanwälten sofort 1933 entzogen wurde. In seinem Begleitschreiben wies er nochmals auf seinen berühmten Großvater väterlicherseits hin, Berthold Auerbach, auf dessen Verdienste ums Vaterland und zahlreiche hochrangigen Freunde und Gönner („...Vorleserin der Kaiserin Augusta, Anerkennung vieler führender Persönlichkeiten der Geisteswelt...“). Vom Großvater seiner Mutter, Emil Treidel, schickte er die beglaubigte Abschrift eines Dienstzeugnisses, das diesen als Kriegsfreiwilligen von 1815 auswies.

Knapp drei Jahre lang konnte er noch als Anwalt und Notar weiter arbeiten. Jedoch schützte die formelle Zulassung nicht vor weiteren Diskriminierungen und Demütigungen. Viele Anwälte mussten ihre Kanzleien schließen, weil die nichtjüdischen Mandanten ausblieben.

Am 30. Januar 1936 erhielt Kurt Auerbach seinen Entlassungsbescheid als Notar. Mit dem „Reichsbürgergesetz“ vom 14. November 1935 wurde das uneingeschränkte Berufsverbot für Juden im öffentlichen Dienst bestimmt. Allen jüdischen Notaren in Deutschland wurde die Zulassungen

entzogen, für viele war es das Ende ihres Berufslebens.

Kurt Auerbach versuchte, sich zu wehren. Er stellte, zusammen mit zwei Anwaltskollegen, ein „Gesuch um Bewilligung von Befreiung von den Vorschriften des Reichsbürgergesetzes“ an den Reichsminister der Justiz. Das Gesuch wurde an das Innenministerium weitergeleitet mit dem Vermerk, „dass ein ganz besonders liegender Ausnahmefall, in dem schwerwiegende Gründe vom Standpunkt der Allgemeinheit die Belassung im Amt rechtfertigen könnten, mir bei keinem der Gesuchsteller gegeben zu sein scheint. Gez. Dr. Schleglberger.“

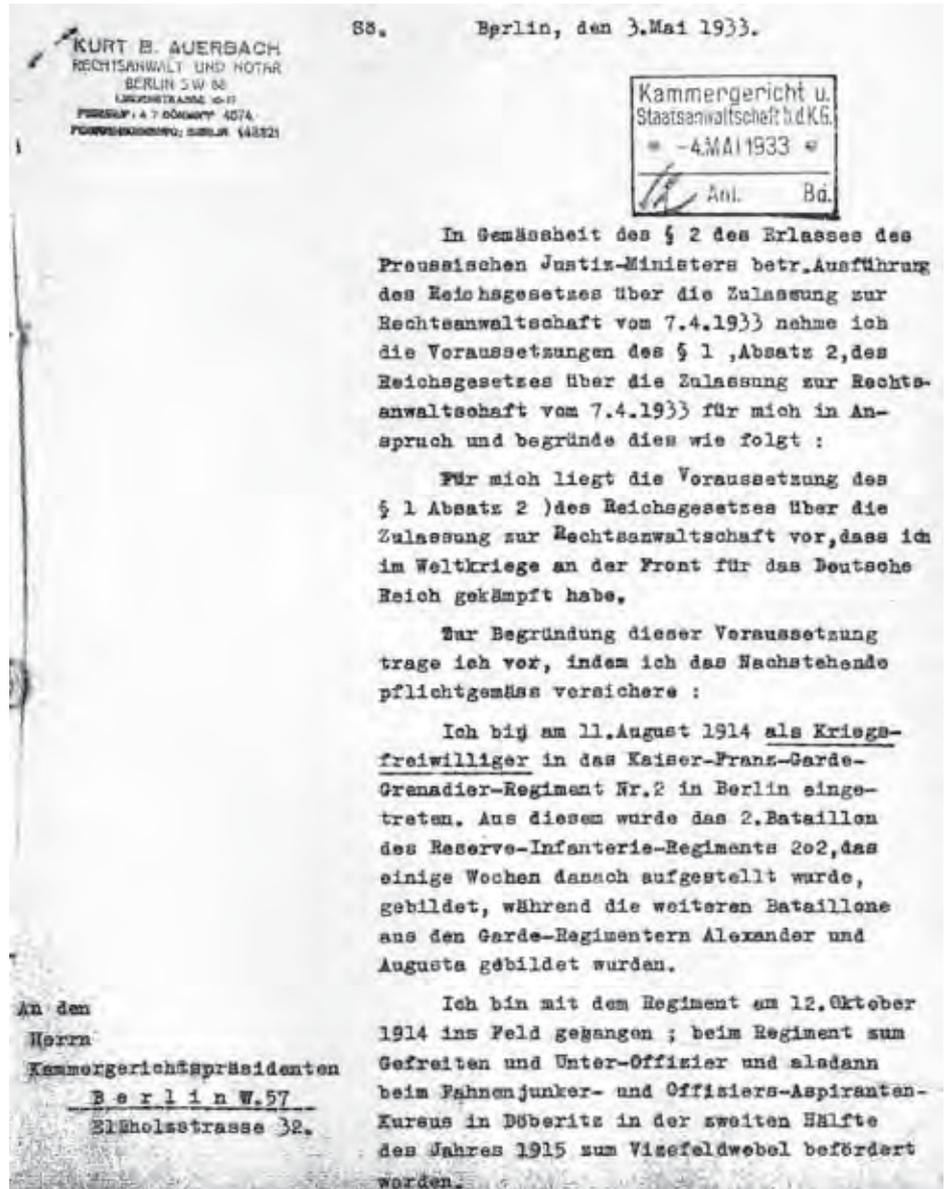
Der Innenminister bestätigt am 3. September 1936 die Ablehnung „im Namen des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler.“

Zwei Jahre später, am 27. September 1938 wurde schließlich die „5. Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ erlassen. Damit erhielten alle zu diesem Zeitpunkt noch tätigen Anwälte Berufsverbot. Am 1. Dezember 1938 wurde der Name Kurt Auerbach aus der Rechtsanwaltsliste des Landgerichts Berlin gelöscht.

Offenbar bemühte sich Kurt Auerbach daraufhin um eine Zulassung als so genannter „Konsulent“. Am 19. Dezember 1938 erteilte der Landgerichtspräsident in Berlin Kurt Auerbach unter Vorbehalt des Widerrufs für die Zeit bis zum 31. Dezember 1938, also für 12 Tage, die Genehmigung, als „jüdischer Konsulent“ tätig zu sein.

Im Katalog zur Ausstellung „Anwalt ohne Recht“ wird die Tätigkeit eines Konsulenten so beschrieben:

Ein „Konsulent“ war ein Jude für die rechtliche Beratung und Vertretung ausschließlich von Juden. „Konsulenten“ durften keine Robe tragen und nicht das Anwaltszimmer betreten. Für ganz Deutschland sollten 172 „Konsulenten“ zugelassen werden, nur wer „würdig“ und „bedürftig“ war, erhielt die Zulassung. (...) Vor allem schwerbeschädigte Frontkämpfer wurden berücksichtigt. In Berlin waren zeitweilig 91 „Konsulenten“ tätig. Von ihren Einnahmen mussten sie in einem gestaffelten System einen beträchtlichen Teil an eine eigens eingerichtete „Ausgleichsstelle“ der Rechtsanwaltskammer abgeben“



Anfang eines vierseitigen Schreibens von Kurt Auerbach an den Kammergerichtspräsidenten von Berlin, in dem er detailliert auf seine Einsätze im Ersten Weltkrieg eingeht. Quelle: Bundesarchiv.

Stolpersteine für die Enkel von Berthold Auerbach – die Brüder Kurt und Peter Auerbach in Berlin. Quelle: Initiative Charlottenburg-Wilmersdorf, Berlin.



Wie lange Kurt Auerbach noch als „Konsulent“ arbeiten konnte, ist nicht bekannt. Nach der Flucht seiner Tochter Helga mit ihrer Großmutter Elsie Treitel 1938 nach England blieb er allein in Berlin zurück. Seine Frau Tessa Schönitz war schon 1931 an Tuberkulose gestorben. Am 24. März 1941 nahm er sich in Berlin das Leben.

Sein Bruder, der Architekt Peter Lorenz Auerbach, wurde im November 1941 nach Kowno in Litauen deportiert und kurz darauf erschossen. In Berlin im Stadtteil Charlottenburg liegen für die beiden Brüder Stolpersteine vor dem Haus Augsburgsberger Str. 33, die das Auerbach-Museum in Nordstetten gestiftet hat.

IBG-WorkCamp der KZ Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen im August 2016

Volker Mall und Harald Roth, Herrenberg

Vom 31.7. bis 12.8.2016 veranstaltete die KZ-Gedenkstätte zusammen mit dem Verein IBG (Internationale Begegnung in Gemeinschaftsdiensten) ein Workcamp. Die neun TeilnehmerInnen und Teilnehmer kamen aus Spanien, Italien, Russland, Südkorea, Frankreich und der Türkei. Neben einem touristischen Programm und einer Führung durch die KZ-Gedenkstätte haben die TeilnehmerInnen die Reste der Flugzeugreparaturhalle am Ende des östlichen Rollweges (auf der Gemarkung von Ammerbuch-Reusten) freigelegt und gesichert.

Dieses Projekt war davor vom Landesdenkmalamt beurteilt und für gut befunden worden.

Außerdem wurde der geplante Fußweg, der als Teil des Gedenkpfad über die Landebahn („Geschützter Grünbestand“) führen und in das überregionale Wegenetz integriert werden wird (POIs in der Plattform www.outdooractive.com), begehbar gemacht.

Am Ende des Workcamps fand ein Abschlussfest auf dem Ateliergelände

von Lutz Ackermann statt. Nadine Dürr schrieb über das Projekt am 5.8.2016 im Gäuboten:

„Die Dinge zu verstehen, die im letzten Jahrhundert passiert sind, ist wichtig um zu verstehen, was heute in Europa geschieht“, so ein italienischer Teilnehmer des Workcamps. „Ich glaube, dass unsere Aktivitäten hier bedeutungsvoll sind und ich bin stolz, hier zu sein.“

„Das Projekt ist ein riesiger Erfolg“, sagte Lukas Wurtinger als Vertreter des Vereins IBG, der das Workcamp gemeinsam mit der KZ-Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen organisierte. Wurtinger: „Hier an diesem Ort sieht man sehr beispielhaft, wie gut es funktioniert, wofür wir seit 51 Jahren stehen: eine Verständigungsbasis anhand eines Arbeitsprojekts zu schaffen. Man gibt einen Spaten in die Hand und alles andere ergibt sich von selbst.“ Walter Kinkelin, Vorsitzender des Vereins KZ Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen, malte das Bild zweier Fäden, die in dem Projekt zusammenlaufen: Der Blick in die

Vergangenheit in Form der Freilegung der Reparaturhalle und der Blick in die Zukunft in Person der 10 historisch interessierten Jugendlichen, die diese Arbeiten gemeinsam ausführen. Ammerbuchs Bürgermeisterin Christel Halm, die die Teilnehmern des Workcamps neben dem Rottenburger Oberbürgermeister Stephan Neher besuchte: „Es ist wichtig, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen und zu sehen: Was ist damals eigentlich bei uns vor der Haustür passiert? Denn der Rückblick auf die Vergangenheit lässt Kraft schöpfen, so dass wir in Europa auch künftig in Frieden leben können.“

Dieses Thema, die Zukunft Europas, beschäftigt ebenfalls die Workcamp-Teilnehmerin Sibille Adam. Mit Sorge beobachtet sie die Entwicklungen in Frankreich, wo sie seit drei Jahren als Deutschlehrerin tätig ist. „In meinem kleinen Dorf im Norden von Paris hatten wir gerade Regionalwahlen und Marie Le Pen erhielt in der ersten Runde die Mehrheit der Stimmen“, echauffiert sich die junge Frau über



Die TeilnehmerInnen des Workcamps legen Reste der Flugzeugreparaturhalle frei.

Die TeilnehmerInnen des Workcamps wurden auch von Mitgliedern des Vereins KZ Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen – hier von Eberhard Irion – unterstützt.



Auf der Fläche der ehemaligen Flugzeugreparaturhalle wurde Kies aufgebracht.



Teile der ehemaligen Landebahn wurden gesäubert und begehbar gemacht.

die zunehmenden Erfolge des rechten Front National. Auch rassistische Einwürfe vonseiten ihrer Schüler geben der Pädagogin zu denken. Mit vollen Händen möchte sie deshalb in ihre Heimat zurückkehren: „Für meine

Geschichtskollegen will ich Material von hier mitnehmen, so dass man zeigen kann, wie das damals hier war - und wie es in Frankreich war.“

Die in der Türkei lebende Idil Tan kannte Deutschland und Erzählungen

über die Schoa bislang nur aus dem Geschichtsunterricht. „Ich habe mich immer gefragt, wie dieses Land wohl ist“, erzählt die 22-Jährige. „Ich wusste zwar, dass die Menschen hier ihre Geschichte nicht leugnen. Was



Borja Javierre Moyano aus Spanien dokumentiert die TeilnehmerInnen und das Projekt mit zwei Tafel an einem Baum bei der ehemaligen Flugzeugreparaturhalle.

ich aber nicht wusste und mich am meisten überrascht hat: dass hier so viel getan wird, um Gedenkstätten zu errichten und an das Gewesene zu erinnern.“ Was den Genozid an den Armeniern betrifft, sei dies in ihrer Heimat undenkbar. „Hier mitzumachen, war eine der besten Entscheidungen in meinem Leben“, schlussfolgert die Anglistin.

Die Flugzeugreparaturhalle

In der Halle sollten die auf dem Nachtjägerflugplatz Hailfingen stationierten Nachtjäger (Ju 88, Me/Bf 110) repariert werden. Die Halle steht am Ende des Rollweges, der von der Landebahn in Richtung Reusten führte. Teile, auch Betonfeiler wurden gleich nach Kriegsende von Anwohnern „weiterverwendet“.

Das Gelände steht unter archäologischem Denkmalschutz und enthält einige geschützte Naturdenkmale.

Der Verein KZ Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen wird das Gelände von der Gemeinde Ammerbuch pachten.

Als Vorarbeit für den Workcamp wurden vom Verein aufwändige Räumarbeiten durchgeführt.

Die Landebahn

Mitten durch die Landebahn des Flugplatzes verläuft die in den 1970er Jahren begradigte Markungsgrenze zwischen Hailfingen (heute Kreis Tübingen) und Tailfingen (heute Teilort von Gäufelden im Kreis Böblingen). Diese „historische“ Grenze zwischen Altwürttemberg und Vorderösterreich wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zur Zonengrenze und schließlich zur Kreis- (BB/TÜ) und RP-Grenze (NW/SW).

Am 6./7. April 1945 zerstörte ein deutscher Sprengtrupp der Wehrmacht die Start- und Landebahn. Danach wurde der Flugplatz von Jägern der Alliierten bombardiert und fiel schließlich am 18.4.1945 in die Hände der von Nagold über Mötzingen und Bondorf vorrückenden Kampftruppen des 2. französischen Armeekorps.

Bei der Flurbereinigung 1986 wurden die restlichen Teile der gesprengten Anlagen des Flugplatzes und die beiden Rollwege teilweise beseitigt. Das Staatliche Forstamt Herrenberg und die Gemeinden Hailfingen und Tailfingen einigten sich 1990 - zusammen mit den Naturschutzbeauftragten der Landkreise Tübingen und Böblingen - darauf, die Landebahn als Geschützten Grünbestand auszuweisen. Die Landebahn wurde danach als Sukzessionswald weitgehend sich selbst überlassen.

Seit 2007 bzw. 2008 stehen Landebahn und große Teile des Flugplatzes unter sog. archäologischem Denkmalschutz.

2010 wurde am Westende der Startbahn ein kleines Waldstück gerodet, um Platz für das Mahnmal zu schaffen, das im Sommer 2010 eingeweiht wurde.

Der seit längerem über die Startbahn führende „illegale“ Fußweg wurde jetzt freigelegt und begehbar gemacht.

Lagerbericht von Stanislaw Majchrzak

geb. 24.8.1919 aus Lodz/Polen. KZ Gefangener in Auschwitz von Mai 1943-Juli 1944 und von August 1944 bis April 1945 KZ Gefangener im KZ Dautmergen

Im Alter von 86 Jahren hat Stanislaw Majchrzak in drei Briefen seine schrecklichen Erlebnisse in den KZ-Lagern beschrieben. Bernhard Pohler hat diese Briefe übersetzt. Im folgenden Artikel hat Brigitta Marquart-Schad diese Lagererlebnisse von Stanislaw Majchrzak zusammengefasst. Er wollte dieses Jahr mit seinem Sohn Wieslaw zur Gedenkfeier kommen. Das war ihm nicht mehr möglich. Am 28. Juni 2016 ist er im Alter von 96 Jahren verstorben. Wieslaw Majchrzak schreibt in einer e-mail wie folgt: „Dear Brigitta, your flowers are still in a good condition and remind me your letter. We learn now to live without our father ... I'm very touched by your fidelity and a friendship presented to my father by you and other members of „Initiative Gedenkstaette Eckerwald e.V.“, in particular by Gerold Mueller from Dietingen.“

Erster Teil

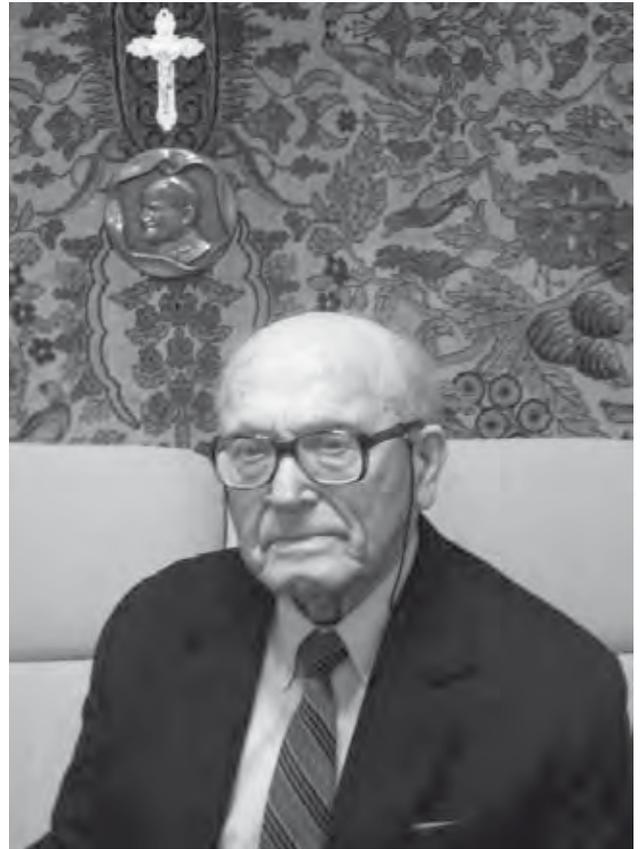
Meine Gefangennahme im Mai 1943

Am frühen Morgen hat die Gestapo mein Haus umzingelt. Ich war noch im Schlafanzug. Nach der Ausweiskontrolle habe ich den Befehl bekommen, mich anzuziehen. Auf brutale Weise haben sie mir die Hände auf den Rücken mit einem Seil zusammengebunden und mich aus dem Haus nach draußen geführt in einen Lastwagen, in welchem Gefangene auf dem Boden saßen. Ich sollte mich dort auch hinsetzen. Sie haben uns im Radomsk-Gefängnis ausgeladen und nach ein paar Stunden in einen Laster geladen und in das Gefängnis nach Tschenschau gebracht. Nach dreimonatigem Aufenthalt in diesem Gefängnis war der Zeitpunkt gekommen, uns nach Birkenau „zu verschicken“. Alle wurden auf den Gefängnisplatz hinausgeführt. Keiner konnte den anderen wiedererkennen, weil außer dem Bart und dem Schmutz viele entstellt waren.

Transport nach Auschwitz

Jedem waren die Hände auf dem Rücken mit einem Seil zusammen

Stanislaw Majchrzak in seiner Wohnung in Lodz, Polen.



gebunden. In eisernen Waggons mit sehr kleinen und vergitterten Fenstern wurden wir einer neben dem anderen wie Holzklötze aufgestellt. Nachdem der Waggon voll war, wurden die Türen verriegelt. Nach ein paar Stunden Fahrt hat sich die physiologische Notdurft und der Durst bemerkbar gemacht – was ich noch bis heute höre. Unsere Not war den SS-Leuten sehr bewusst. Sie haben das kleine Fenster aufgemacht und einen Blech-eimer voll mit Wasser über unsere Köpfe hinweg geworfen. Er ist wie ein Ball gerollt und hat die in der Nähe Stehenden bespritzt. Die Menschen haben versucht, mit offenem Mund ein paar Tropfen zu erwischen. Dieser Anblick hat bei den SS-Leuten einen Ausbruch von schallendem Lachen ausgelöst. Nach vielen Stunden Fahrt haben wir unseren Zielort erreicht.

Ausladen

Es wurde der Befehl zum „Aussteigen“ gegeben (alles in deutscher Sprache), und Reihen zu fünf zu

formen. Danach: Marsch in Richtung Lager. Ich werde das bis zu meinem Lebensende nicht vergessen. Ich nenne diesen Marsch „ein Weg durch die Qualen“ und habe später festgestellt, dass dies nur ein kleiner Vorgeschmack auf all die Grausamkeiten war, welchen wir später ausgesetzt werden sollten.

Quarantäne

Die ganze Körperbehaarung wurde uns abrasiert. Ich höre noch heute die Opfer jammern und die Beschimpfungen der Folterknechte, welche die Gelegenheit nicht verpassten, uns dabei zu verletzen. Dann haben wir eine „Bekleidung“ bekommen. Es war dem Zufall überlassen, wer welche Größe bekam. Zu Mittag haben wir zu Essen bekommen: Ein halber Liter Gefängnisuppe. Nicht jeder bekam davon, da es nicht so viele Schüsseln wie Gefangene gab. Von der Suppe hat nur derjenige bekommen, welcher schlauer und schneller war als die anderen – echte Zirkusszenen. Dann mussten wir

arbeiten. Es war eine sinnlose Arbeit: wir haben auf Holztragen Sand von einem Platz zum anderen und zurück tragen müssen. Dabei wurden wir von der Lagerbesatzung umkreist und mit Peitschenschlägen zu höchster Anstrengung gezwungen. Dannach wurden wir gedrillt: „Hinlegen Aufstehen“, „Hinlegen Aufstehen“ die ganze Lagerstrasse bis hin zum Wasserbecken. Die so gequälten Menschen wurden ins Wasser gedrängt und dabei viele unter das Wasser gedrückt und ertränkt. Nach ein paar Stunden solcher „Arbeit“ mussten wir alle Toten, Kranken und Verletzten einsammeln und vor die Baracke legen. Sie wurden gezählt, da beim Abendappell die Menge stimmen musste. Die Quarantäne dauerte für mich zweieinhalb Monate.

Selektion

Ein paar Hundert Gefangene wurden in Doppelreihen aufgestellt. Es wurde der Befehl „Ausziehen“ gegeben. Dann haben drei SS-Leute jeden Gefangenen genau gemustert. Jeder musste mit ausgestreckten Armen ein paar Kniebeugen und ein paar Umdrehungen nach links und rechts machen. Und dann ist das Urteil gefallen: „nach rechts“ hieß „Arbeit“, „nach links“ hieß „Tod“. Wie schwierig es war, den drei Übermenschen zu gefallen, denn außer unserem Willen haben wir nichts besessen! Außerdem hat uns die Kälte geplagt, da es schon später Herbst war.

Neben mir ist ein Vater mit seinem Sohn gestanden. Der Vater ging in den Ofen und der Sohn zur Arbeit. Wie sie sich verabschiedet haben – dieses Bild habe ich noch heute vor Augen – es war schrecklich. Und dann war ich dran. Alle meine Sinne haben den Muskeln befohlen, sich so anzuspannen, dass sie die Übermenschen zufriedenstellen. Als ich den Befehl „nach rechts“ gehört habe, habe ich gedacht – Gott sei Dank, es gibt ein Fünkchen Hoffnung für das Leben. Für wie lange wusste niemand. Nach der Selektion habe ich Holzschule bekommen, was für mich eine große Erleichterung war. Die beschriebene Zeit hatte sechs Monate gedauert und das war ein Viertel meines schrecklichen Lebens.

Zweiter Teil

Am zweiten Tag nach dem Wechsel aus der Quarantäne ins Arbeitslager, nach dem Appell, hat der Lagerälteste einige Häftlinge für den Stubendienst ausgesucht. Ihre Aufgabe war es, für Ordnung in und um die Baracke zu sorgen. Auch ich wurde dazu ausersehen. Bis heute blieb mir in der Erinnerung ein Wagen mit großen Rädern und einem tiefen Kasten, in den man tote und halbtote Häftlinge hineinwarf. Zwei Häftlinge an der Deichsel und vier jeweils an den Rädern. Angelegte Stricke mit Schlingen am Ende benutzte man zum Ziehen dieses Fahrzeugs. Nach Beendigung des Ladevorgangs zogen wir das Gefährt zum vorgesehenen Ort. Das Weitere erledigte ein Sonderkommando. Bei jedem Transport begleitete uns ein „Vorarbeiter“, der in der Lage war, den Lagerton anzuschlagen. Beim Schreiben vermeide ich - soweit ich kann - drastische Szenen.

Nach der Arbeit: Appell. Eines Tages blieb ein Gefangener, der nicht in der Lage war, mit eigenen Kräften zum Appell zu erscheinen, in der Baracke (was zunächst nicht auffiel). Nach der Durchsuchung der Baracke durch den „Obercapo“, wurde der Unglückliche gefunden und vor die Baracke geworfen. Aber das war nicht alles. Ich hörte den Befehl: „Stubendienst heraustreten!“ Wir waren sechs Personen. Alle wurden wir in die Baracke geführt. Wir standen in einer Reihe vor einem Ofen mit einem Kamin. Der Erste musste seinen Kopf in den Ofen stecken, zwei Henkersknechte mit Stöcken, die sich gegenüberstanden prügelten abwechselnd auf den schreienden Häftling ein. Noch heute sehe ich an mir Blut und Hautfetzen, die mit jedem Schlag umherspritzten. Den Massakrierten warf man zur Seite und jetzt kam die Reihe an mich. Ich hob den Kopf nach oben und sprach zu mir - „Gott, das halte ich nicht durch“. Es geschah ein Wunder – anders kann man es nicht nennen. Immer, wenn ich es erzählte, konnte es niemand anders deuten – nur als Wunder. Ich bekam drei Schläge und hörte das Wort: „weg!“. Ich machte ein paar Froschsprünge entlang der Baracke – eine übliche Prozedur und

begab mich zu den beim Appell stehenden Häftlingen. Was mit den anderen geschah, ist mir nicht bekannt.

Am nächsten Tag wurde ich den Häftlingen zugeteilt, die beim Bau der Gleise beschäftigt waren, die zum Krematorium führten. Die Gleisanlage bauten wir unter der Aufsicht eines Nazis. Eines Tages hat mich dieser Nazi gefragt, weshalb ich verhaftet wurde – ich habe reflexhaft geantwortet, weil ich Pole bin. Die folgenden Schläge, die Schmerzen und mein Verhalten habe ich bis heute nicht vergessen. Wie ich die wunden und blutigen Hände zum Arbeiten zwang, wie ich mit ihnen den Kopf vor den Hieben schützte – mein Gott!

Aber auf den nächsten Vorfall musste man nicht lange warten. Einer von den Häftlingen ist aufgefallen – wie ich. Ein SS-Mann hetzte einen Hund auf ihn – die weitere Beschreibung erspare ich mir, weil mir sofort die Tränen kommen. Der Leichnam wurde beseitigt. Der Übermensch zog aus seiner Tasche ein Stück Wurst und gab es dem Hund, streichelte ihn und lobte ihn für das gute Verhalten – „mein guter Hund!“.

Nach Beendigung des Gleisbaues kam ich zu einem schweren Kommando, das an der Entwässerung mehrere Kilometer entfernt vom Lager arbeitete. Nach Tagesanbruch – nach dem Appell – kam ich zum zugeteilten Kommando. Das Zeichen zum Abmarsch aus dem Lager gab ein Orchester, welches zur Arbeit spielte und ebenso beim Rückmarsch.

Auf dem gegebenen Befehl, „Achtung, Mützen ab!“, zogen wir in aufrechter Haltung durch das Tor. Vor dem Tor übernahmen die SS-Männer mit ihren Hunden die zugeteilten Kommandos und trieben uns wie Rinder zum Arbeitsplatz. Die Straße, die wir auf dem Hin- und Rückweg zurücklegten, nannte man die Straße der Pein, weil das aufgezwungene Tempo für gesunde Menschen zum Problem werden konnte, um so mehr für hungrige, kranke und verwundete Menschen. Beim Marschieren musste man aufpassen, nicht umzufallen, denn das Hinfallen endete meistens tödlich.

Der Arbeitsplatz, das waren Gräben

voll mit Wasser und Morast. In diesem Morast standen wir 10 bis 12 Stunden im Spätherbst und am Anfang des Winters – auch das braucht man nicht zu kommentieren. Während der Arbeit durfte man nicht einen Augenblick stehen bleiben. Wir mussten dauernd in Bewegung sein. Das war eine Methode, die Menschen zu töten. In meiner Erinnerung gibt es keinen Tag, an dem wir nicht einen oder mehrere Tote mit ins Lager brachten. Auf dem Rückweg wurde ein Häftling, der nicht mehr mit eigenen Kräften laufen konnte, von vier Mithäftlingen am Ende des Kommandos auf den Schultern getragen. Unterwegs, wenn die Häftlinge immer mehr die Kraft verließ, rutschte der Getragene immer tiefer und zuletzt wurde er nur noch am Boden bis ins Lager mitgeschleift. Die Zahl der Häftlinge musste am Toreingang stimmen.

Ich erkrankte an Flecktyphus, man schickte mich in das „Lagerhospital“, in die Versuchsbaracke Nr. 10. Man verpasste mir Spritzen, die dem Hilfspersonal unbekannt waren und danach verordnete man mir Bäder. Abwechselnd heiße und kalte und das wiederholt. Manchmal warf man mich nach dem heißen Bad in den Schnee. Nach dieser Behandlung kam ich wieder in die Baracke. Man wog mich immer wieder. Ich war so entkräftet, dass ich nicht mehr auf den eigenen Füßen stehen konnte.

Eines Tages wurden die Häftlinge selektiert. Eine aus drei Personen bestehende Kommission, die vom berühmten Mengele angeführt wurde, schaute jeden Häftling genau an und danach gab der Erwähnte mit dem Finger das Zeichen, das über die Zukunft des Häftlings entschied: nach links „Krematorium“, nach rechts rechts „Arbeit“. Ich fand mich in der Krematoriumsgruppe wieder. Nach der Selektion und nachdem sich die Kommission entfernte, übernahmen die anwesenden Funktionäre das Weitere. Und was hier geschah, nenne ich wieder ein Wunder. Einer von den Sanitätern, den ich damals nicht kannte, näherte sich unserer Gruppe, zog mich heraus und brachte mich in die sogenannte „Krankenbaracke“ und pflegte mich weiter. Nach

kurzer Zeit ließ das Fieber nach und die Kräfte kehrten zurück. Ich konnte schon wieder auf den Beinen stehen und eigenständig gehen.

Der erwähnte Sanitäter lebt nicht mehr und ich bete für seine heilige edle Seele.

Ich wurde in einen Übergangsblock verlegt. Nach einigen Tagen wurde mir Arbeit zugeteilt. Ich kam zu einem Kommando, das die Straße vor den SS-Unterkünften pflasterte. Als die Kollegen merkten, dass ich schwach bin, ließen sie mich die Steine auf den Boden aufstapeln, was für mich leichter war, da ich die Arbeit im Knien erledigen konnte.

Einmal hat es sehr stark geregnet. Ich verkroch mich unter einen seitlich stehenden Baum. Durch das Fenster seines Bauwagens beobachtete uns der Capo. Er kam heraus, rief mich und begann auf mich einzuschlagen. Ich weiß nicht mehr, wie lange, denn ich wurde ohnmächtig. Die Kollegen hoben mich auf und brachten mich wieder zum Bewusstsein und zurück zum Arbeitsplatz. Danach sollten wir wieder zurück ins Lager. Mit eigener Kraft war mir das nicht möglich. Die Kollegen führten mich ins Lager. Die meisten von ihnen leben nicht mehr und mir bleibt nur übrig, für ihren Seelenfrieden zu beten.

Nach dem Abendappell, als wir schon auf den Pritschen lagen, fragte mich mein Nachbar, wo ich arbeite. Ich erzählte ihm alles. Nachdem er kurze Zeit zugehört hatte, sagte er zu mir: „Ich versuche, dich zu mir zu nehmen“.

Bevor sich wieder die Kommandos bildeten, begab er sich zu seinem Capo und sagte ihm, dass ich Schlosser wäre und zu seinem Kommando kommen möchte – dieser war einverstanden. Als Schlosser nahm ich also eine neue Arbeit auf, die für mich angenehm war, denn ich konnte unterm Dach arbeiten. Ich löste Schrauben aus Flugzeuggehäusen, sortierte sie und legte sie in Behälter. Bei dieser Beschäftigung wurde ich langsam gesund. Aber diese Arbeit endete bald und wir mussten aus Eisenbahnwaggons Flugzeugreste ausladen. Bei dieser Arbeit war ich ein Hindernis für meine Kollegen, denn diese Arbeit erforderte viel Kraft. Mit

Seilen zogen wir die Flugzeugteile aus den Waggons. Die Kollegen schonten mich soweit wie möglich. Aber noch schlimmer war der Rückmarsch ins Lager. Der strenge Marsch überstieg meine Kräfte. Nur Dank meiner Kollegen überlebte ich diese mörderischen Märsche ins Lager. Auf dem Weg sahen wir Menschenmassen, die aus den Zügen ins Krematorium getrieben wurden.

Ein Bild, das ich immer noch vor mir habe, kann ich nicht verdrängen: Ein Konvoi bestehend aus schweren Viehlastwagen, mit denen man sonst Tiere zum Schlachten transportiert, fuhr in Richtung der Krematorien.

Sie waren überfüllt mit nackten Frauen und Kindern in verschiedenem Alter. Sie standen da: kurz geschorene Haare, offene Münder, ausgestreckte Hände und durchdringende Schreie. Die Polizei „mit Blech auf der Brust“ auf Motorrädern, die mit ihren Geräuschen das Geschrei verstärkten. So näherte sich der Konvoi der Hölle.

Oft beschäftigt mich dieses Bild und ich stelle mir Fragen. Wie konnten das die begleitenden Polizisten ertragen? Warum waren sie ohne Herz, ohne Seele, nur Skelette von Menschen, wie es der große Dichter unseres Volkes (Adam Mickiewicz) schrieb – ein großer Freund von Goethe.

Beim Rückmarsch von der Arbeit näherten wir uns dem Lager. Auf der linken Seite hingen die Körper von Häftlingen am Galgen. Auf der rechten Seite spielte das Lagerorchester flotte Melodien und in einigen zehn Metern Entfernung in gerader Linie loderte aus den Kaminen der Krematorien das Feuer verbrennender Körper.

Dieses Bild grüßte uns täglich und erinnerte uns daran, was uns erwartete. Nach der Arbeit standen wir auf dem Appellplatz. Es war gut, wenn der Appell rasch erledigt wurde, aber es passierte immer wieder, dass es viele Stunden dauerte und sogar die ganze Nacht über und dann ging es wieder zur Arbeit.

Unter diesen Umständen überlebte ich bis zum August 1944.

Stanislaw Majchrzak

Der Bericht wird in der nächsten Rundschau fortgesetzt.

Tu spoczywaja w. Bogu*

Die „Polengräber“ auf dem alten Sulzer Friedhof

Klaus Schätzle, Sulz am Neckar

Stanislaw Glabski hatte Glück, er kam mit dem Leben davon. Leon Czech stand im Juli 1944 kurz vor seinem Opfertod, als sich die beiden polnischen Zwangsarbeiter auf dem Hof der Mauser-Werke in Oberndorf begegneten. Am 25. Januar 1974 erinnerte sich Glabski¹: „Im Gespräch mit Leon Czech erfuhr ich, dass es Verhaftungen gäbe und ich mich nicht zeigen soll (sic). ... Ich sagte Leon Czech, er solle auch fliehen, denn er könnte auch verhaftet werden, woraufhin er mir erwiderte, vielleicht würden sie ihn in Ruhe lassen, ... es gäbe keinen Ort, wohin er fliehen könnte.“

Wie Glabski nach Oberndorf kam, ist nicht bekannt. Czech wurde im Sommer 1940 in Lodz „auf der Straße verhaftet“² und vermutlich mit etwa 500 Leidensgenossen zur Zwangsarbeit nach Oberndorf „... abtransportiert und dort in der Waffenfabrik ‚Mauser-Werke‘ beschäftigt (ab dem 29.6.1940³). Eine größere Gruppe dieser Polen wurde im Sommer 1944 unter dem Verdacht, Sabotage begangen zu haben, festgenommen ... In der Folgezeit wurden sie im Gefängnis Sulz von Beamten der Staatspolizei Stuttgart vernommen.“⁴

Dürre Worte! Im Sommer 1944,

wenige Wochen vor dem Beginn des Warschauer Aufstands, spürte die Gestapo eine polnische Widerstandszelle in Köln auf. Der Stuttgarter Stapostellenleiter Mußgay äußerte sich entsetzt über die fröhliche Siegesgewissheit unter polnischen Zwangsarbeitern. Kriminalsekretär Paul Bässler suchte in Oberndorf nach Rädelsführern. Er war ein „Spezialist in verschärften Vernehmungen“⁵. Ihm zur Seite stand Kriminalkommissar Otto Schirmer. Sie nahmen etwa 120 polnische Arbeiter fest und brachten einige von ihnen ins Amtsgerichtsgefängnis in der Bergstraße in Sulz, als die Gestapoaußendienststelle am 26.7.44 bei einem Luftangriff beschädigt wurde⁶. Durch Folter erpresste ‚Geständnisse‘ führten zu immer absurdereren Anklagen: Gründung einer Geheimorganisation zwecks Sabotage auf dem Fabrikgelände und Misshandlung von Deutschen; Vorbereitung zur Sprengung der Fabrik⁷; Planung eines Attentats auf Hitler, Bau eines geheimen Radios, Pistolenschmuggel⁸ und Karabinerdiebstahl⁹.

„Nach gut einer Woche meldete Bässler der Hausverwalterin des Gefängnisses: ‚Es ist einer verreckt.‘“¹⁰ „Schließlich waren mindestens sieben

‚verreckt‘¹¹. Sie wurden außerhalb des Friedhofs neben dem Schindergraben verscharrt.¹² Es handelt sich um

Henryk Suhecki 26 Jahre + 3.8.1944
Edward Okroj 31 Jahre + 7.8.1944
Leon Czech 29 Jahre + 11.8.1944
Czeslaw Kudelski 35 Jahre
+ 15.8.1944
Marian Walendowski 21 Jahre
+ 25.8.1944
Andrzej Migdat 21 Jahre + 2.9.1944
Stefan Galas 29 Jahre + 3.10.1944.

* Hier ruhen in Gott

- 1 vor der Bezirkskommission zur Untersuchung von NS- Verbrechen in Lodz, Aktenzeichen OKL / S. 36/ 73 (sic), zit. nach: Polnische Hauptkommission zur Untersuchung von NS- Verbrechen, Warschau / Ludwigsburg - I 117 AR 252/78 pp 59/60
- 2 sagt seine Großnichte; Gespräch am 20.12.2015 in ihrer Wohnung in Bad Saulgau
- 3 Mauser Beschäftigtendatei im Stadtarchiv Oberndorf
- 4 Abschlußvermerk, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen, Ludwigsburg, 17.10.1980. Az 9-1 / 2925 zu I 117 AR 252/78
- 5 Bauz / Brüggemann / Maier (Hrsg.), Die Geheime Staatspolizei in Württemberg und Hohenzollern, Stgt 2013, p. 350
- 6 zit. nach Bauz et al. a.a.O. p.350
- 7 Polnische Hauptkommission a.a.O. (Hejczyk) p. 65
- 8 Polnische Hauptkommission a.a.O. (Kaczorowski) p. 71- / (Paprocki) p. 96
- 9 Polnische Hauptkommission a.a.O. (Kopertowski) p. 77
- 10 Bauz et al. a.a.O. p.351
- 11 Quelle: Abschlussvermerk (a.a.O.) Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen für T. Frankowski, C. Kudelski, St. Galas, H. Suhecki, W. Orczarski und L. Czech; möglicherweise lag der Zentralstelle das Standesamtsregister Sulz nicht vor, welches über die sechs hinaus noch den Tod von M. Walendowski, H. Stepien und E. Okroj verzeichnet.
- 12 Aussage des Architekten des „Kriegerdenkmals“. W. Schlotter. Dito: Aussage des Vors. des Kultur- und Heimatvereins, W. Kienzle, SWP, 14.11.2009: Wo Gräber Geschichten erzählen. Nähere Umstände sind nicht bekannt, Schriftliches liegt nicht vor. Eine undatierte und unsignierte Aktennotiz im Ordner Kriegsgräber / Polengräber weist darauf hin, dass die „Gräber ... Zeugen der Zeitgeschichte“ seien und so belassen wer-



Grabstein für
Leon Czech



Gesamtansicht der „Polengräber“ auf dem alten Sulzer Friedhof.

Henryk Suchecki aus Czeszochowa war unter dem Verschwörungsverdacht seit dem 12.7.1944 in Haft im Amtsgerichtsgefängnis. Er starb am 3. August. In einer Abschrift, ‚gezeichnet Medizinalrat Dr. Schwarz‘, schreibt jemand unter dem 4. August: „Auf dem Boden lag nackt mit den Händen gefeßelt (sic) der Pole Heinrich Suchecki ... Links von ihm lag ein Stuhlbein, das er vom Stuhl gerissen (!) hatte. ... Die Todesursache kann ohne Sektion nicht einwandfrei festgestellt werden. Vermutet wird, daß er auf das Bett gestiegen ist & sich nach rückwärts auf den Hinterkopf fallen ließ, sodaß es zu einem Genickbruch gekommen ist.“

Kriminalsekretär Bässler macht daraus einen Tag später in seiner Mitteilung an das Standesamt „Selbstmord“. – „Todesursache wurde durch den Amtsarzt, Med.Rat Dr. Schwarz, vom Staatlichen Gesundheitsamt Sulz festgestellt.“ Als daraufhin das Standesamt einen Leichenzettel ausstellt, unterschreibt Dr. Schwarz erst, nachdem er handschriftlich zweimal „wohl“ eingefügt hat: „Selbstmord infolge Sturz auf den Hinterkopf, sodaß es wohl zu einem Genickbruch kam.“ – „Todesursache wohl Genickbruch.“¹³

Edward Okroj aus Lodz befand sich seit dem 19.7.1944 in „Schutzhaft“

und starb am 7. August. Ihm bescheinigt der Amtsarzt „Selbstmord durch Erhängen“ .

Leon Czech, ebenfalls aus Lodz, sollte am 11. August 1944 nach Oberndorf zum ‚Verhör‘ gebracht werden; er warf sich vor den einfahrenden Zug.¹⁵

Czeslaw Kudelski kam am 3.8.1944 in „Schutzhaft“. Im Frühjahr 1940 hatte man ihn aus Lodz zur Zwangsarbeit nach Oberndorf abtransportiert; nach zwei Wochen durfte er erstmals an seine Frau schreiben. Zuhause war er von Beruf Dreher gewesen, der SKS Lodz hatte ihn für 200 absolvierte Fußballspiele mit einem Uhrenpräsent geehrt. Jetzt hängten ihn Bässler und Schirmer mit dem Kopf über einer Heizplatte auf und schlugen ihn bis er starb - nach Aussage des Amtsarztes an „Blutkreislaufschwäche“. Die Uhr hatte er an seinen Kollegen Siemkowski weitergegeben, der sie Kudelskis Frau zurückbringen konnte. Siemkowski seinerseits war so mit dem Ochsenziemer geschlagen worden, dass er versuchte, sich mit einer Glasscherbe das Leben zu nehmen. „Wir konnten ihn jedoch retten,“ sagte lakonisch sein Zellengefährte Kopertowski.¹⁶

Marian Walendowski aus „Altwerder“ starb im Amtsgerichtsgefängnis an „Blutvergiftung“¹⁷.

Andrzej Migdat aus Poremba (bei Oppeln) war nicht bei den Mauser-Werken beschäftigt, sondern bei einer Sulzer Firma. Aber auch seine Todesanzeige – Ursache: „Gallenleiden“ - kam von der Gestapo-Staatspolizeileitstelle Stuttgart aus dem Amtsgerichtsgefängnis.¹⁸

Stefan Galas schließlich starb drei Stunden nach dem Verhör mit „Herrgott“, „Herr Jesus“ und „Gottesmutter“ – so nannte Bässler seine Ochsenziemer.¹⁹ Zwei Tage lag er tot auf der Zelle. Dann bescheinigte ihm der Standesamteintrag „Herz- und

den sollten, „wie sie sich seit ihrer Aufstellung nach Kriegsende (!) verändert haben.“ Über andere ‚Begräbnis‘orte (Innenhof des Gefängnisses) und den Verbleib mancher Leichen (in die Heimat überführt) halten sich hartnäckige Gerüchte in Sulz.

13 alle Daten: Ordner „Leichenzettel“ / Todesmeldungen a.a.O.

14 alle Daten: Ordner „Leichenzettel“ / Todesmeldungen a.a.O.

15 Abschlussvermerk (a.a.O.) Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen für T. Frankowski, C. Kudelski, St. Galas, H. Suchecki, W. Orczarski und L. Czech; von vielen, auch Sulzer, Zeugen und seiner Familie bestätigt

16 zit. nach Polnische Hauptkommission ... a.a.O. p. 77 ; pp alle anderen Angaben: ebenda passim

17 Standesamt Sulz, Stadtarchiv Sulz

18 Standesamt Sulz, Stadtarchiv Sulz

19 zit. nach Polnische Hauptkommission, a.a.O. p71



Grabsteine für Henryk Suchecki, Edward Okroy, Marian Walendowski und Stefan Galas.

Kreislaufschwäche“ und „Lungenentzündung“²⁰.

Von Tadeusz Frankowski und Wladyslaw Orczarski²¹ ist nicht sicher, ob sie in Sulz, Oberndorf oder Dachau ermordet wurden. Beide stammten aus Lodz, mehr ist nicht bekannt und von ihnen gibt es auch keine Gräber.²² Dieses Schicksal teilen sie mit

Heinrich Trazaska 18 Jahre + 13.5.1941
 Josef Riega + 10.6.1941
 Josef Kejik 42 Jahre + 19.5.1944
 Barbara Scigaz 6 Monate + 15.6.1944
 Galina Kalugina 22 Jahre + 15.8.1944
 August Satory 45 Jahre + 3.4.1945.

Heinrich Trazaska, katholischer „Hilfsbauarbeiter“ aus der Nähe von Krakau, nahm sich in der Nacht vom 12. auf den 13. Mai das Leben ...“ im freien (sic) hinter dem Lager von Sager & Wörner²⁴ „

Über Josef Riega, „polnischer Landarbeiter“²⁵, gibt es keine Nachrichten.

Der Tscheche Josef Kejik saß im „Ortsarrest“ ein und wurde „auf der

Flucht angeschossen“²⁶. Der Amtsarzt bescheinigte ihm gleich drei Todesursachen: Blutverlust, Luftembolie des Herzens und Meningitis serosa (sic) traumatica.²⁷ 1946 erinnerte er sich auf Nachfrage der Staatsanwaltschaft Rottweil, dass „von einem direkten Erschlagen“ (!!) nicht geredet werden könne.²⁸

Barbara Scigaz starb an ‚Gehirnkrampf‘.²⁹

Galina Kalugina, „ledige Ostarbeiterin aus der Ukraine, orthodox, Hausgehilfin in den Mauser-Werken“, erhängte sich im Wald hinter dem damaligen Kurhaus Albeck. Ob es einen Zusammenhang mit den Verhören gab? Der Eintrag ‚nicht verhaftet‘ deutet darauf hin. Eine Beerdigung in Sulz wurde vom Landrat gestattet.³⁰

August Satory, Sicherungshäftling, ehemals Schirmmacher, aus dem Elsass, katholisch, starb im Sicherungslager auf der Bitze an ‚chronischem Darmkatarrh‘ und einem ‚Schlaganfall‘. Ein Mithäftling gab sich die Schuld, weil er ihm seine letzte Kartoffel gestohlen hatte.³¹

Kindergräber:

Lech Nawrat 1 Woche + 13.12.1944
 Lech Roland Dobosz 6 Monate + 5. oder 13.12.1944
 Danuta Chitryn 7 Monate + 5.3.1947³²

Unklar ist, ob

Henryk Stepien 22 Jahre + 10.3.1944
 Jozef Peski 39 Jahre + 22.2.1945

ursprünglich innerhalb oder außerhalb des Friedhofs bestattet waren.

Henryk Stepien, 22, Strafgefangener, kam jeden Tag aus dem ‚Arbeitserziehungslager‘ Aistaig in die Buntweberei Sulz, wo er am 10.3.1944 einer ‚Kreislaufschwäche‘ erlag.

Jozef Peski, 39 Jahre, „landwirtschaftlicher Arbeiter“³³, kam am bei einem Bombenangriff ums Leben.

Der Tag der Befreiung von der Nazi-Herrschaft in Sulz war der 19. 4.1945. Gestorben wurde immer noch:

Jozefa Wrzesinska 37 Jahre + 25.8.1945

Leon Grzywna 17 Jahre + 2.10.1945

Jozefa Wrzesinska hatte fast fünf Jahre in der Buntweberei gearbeitet. Als Todesursachen wurden Lungenentzündung und Herzversagen angegeben.

Leon Grzywna arbeitete mit seinen Eltern, Bruder Paul und Schwester Marian seit September 1943 auf der Domäne Geroldseck³⁴.

Jozefa Wrzesinska und Leon Grzywna lagen bis 2013 in abseits von den anderen gelegenen Gräbern westlich

20 Standesamt Sulz, Stadtarchiv Sulz

21 Abschlussvermerk a.a.O.

22 und auch nicht die Sterbedaten

23 Standesamt Sulz a.a.O.

24 international tätiges Bauunternehmen 1898 - 1980; Todesmeldungen Standesamt Sulz.; hinter dem Lager ... also etwa im Bereich Stockenberg

25 Standesamt Sulz a.a.O.

26 Ordner „Leichenzettel“ / Todesmeldungen a.a.O.

27 Ordner „Leichenzettel“ / Todesmeldungen a.a.O.; der korrekte Ausdruck ist „serosa“

28 Ordner „Leichenzettel“ / Den üblichen standesamtlichen Eintrag unter Todesmeldungen a.a.O. hat es nicht gegeben. Historiker weisen darauf hin, dass „auf der Flucht erschossen“ häufig ein Tarnausdruck für die willkürliche und eigenmächtige Ermordung von Häftlingen durch die NS- Staatsorgane war.

29 Ordner „Leichenzettel“ / Todesmeldungen a.a.O.

30 Ordner „Leichenzettel“ / Todesmeldungen a.a.O.

31 Gespräch des Autors mit diesem ehemal. Häftling

32 alle Daten: Standesamt Sulz a.a.O.

33 Standesamt Sulz, Stadtarchiv Sulz

34 alle Daten Wrzesinska / Grzywna: Standesamt Sulz, Stadtarchiv Sulz; Zwangsarbeiterliste „Geroldseck“, Stadtarchiv Sulz

des Hauptweges. Sie starben nach der Befreiung. Auch deshalb ist anzunehmen, dass sie gleich auf dem Friedhof bestattet wurden. Die Kindergräber befanden sich neben der Friedhofskapelle - aber ab wann? In einer Gruppe vor dem wohlthuend unmartialischen ‚Kriegerdenkmal‘ waren zum Zeitpunkt der Restaurierung der Grabsteine 2013 neun unter der Nazi-Herrschaft Gestorbene namentlich versammelt, die Folteropfer sowie Henryk Stepień und Jozef Peski. Wer aber lag in den Gräbern?

Nach der Befreiung gab es noch gut zwei Jahre eine starke polnische Kolonie in Sulz und Umgebung. Deren Gefühle bezüglich der „Gräber“ und die daraus resultierenden Konflikte mit den Einheimischen und der Besatzungsmacht sind leicht vorstellbar, aber nichts davon ist überliefert oder aktenmäßig rekonstruierbar. Immerhin erhielten an der Südostecke des Friedhofs, da wo heute die Frauen des Ehrenmals trauern, vier der verscharrten (sieben) Folteropfer einen gemeinsamen Grabstein: Czesław Kudelski, Andrzej Migdat, Marian Walendowski und Stefan Galas.³⁵ Im Zuge der Planungen für die Erweiterung des Ehrenmals bis zum Schindergraben beschloss der Gemeinderat am 10.7.1961, den Grabstein etwas nach Norden zu versetzen, wo bereits „... sich 5 weitere Gräber polnischer Arbeiter...“³⁶ befanden. Dabei handelte es sich nach den Andeutungen im Gemeinderatsprotokoll u.a. um die Ruhestätten von Heinrich Trazaska und Josef Riega, die am 15.11.1961³⁷ „eingeebnet“³⁸ wurden. Nach einer unleserlich unterschriebenen Liste vom 1.2.1946³⁹ könnte dort auch Galina Kalugina („Rußin“) gelegen haben, allerdings, behauptet die Liste, im selben Grab wie Czesław Kudelski.⁴⁰ Ob und wann sie dann gegen Andrzej Migdat „ausgetauscht“ worden wäre, ist nicht mehr festzustellen. Die nicht erwähnten Leidensgenossen Henryk Suhecki, Edward Okroj und Leon Czech hätten allerdings ebenfalls noch Ruherecht bis 1964 gehabt. So ist zu hoffen, dass alle sieben wenigstens schon umgebettet waren, als das Ehrenmal 1962 - zwei Jahre vor Ablauf der Ruhefrist - seiner Bestim-

mung übergeben wurde. Architekt Schlotter wollte sein offenes „Grabzitat“ immer als Dokumentation des „Hereinholens“ verstanden wissen.

Renfrizhauser „Schilfsandstein“⁴¹ ist nicht für seine Haltbarkeit berühmt. Namen, Daten, Inschriften⁴² waren nach etwa 50 Jahren oft unleserlich, ganze Steinteile abgeplatzt oder verwittert, von Flechten und Pilzen besiedelt. Auf Initiative der SPD-Gemeinderatsfraktion und des Kultur- und Heimatvereins ließ die Stadt Sulz 2013 alle Grabsteine restaurieren. Leider durften nach Vorgabe des Denkmalamts die Inschriften nicht lesbarer gemacht werden. Alle Gräber wurden in einem Ensemble vor dem Ehrenmal zusammengeführt:

Henryk Suhecki, Edward Okroj, Leon Czech, Czesław Kudelski, Marian Walendowski, Andrzej Migdat, Stefan Galas, Henryk Stepień, Jozef Peski, Jozefa Wrzesińska, Leon Grzywna und die Kindergräber von Lech Nawrat, Lech Roland Dobosz und Danuta Chitryn. Die Inschrift auf dem Stein von Czesław Kudelski, Andrzej Migdat, Marian Walendowski und Stefan Galas ist inzwischen restlos verwittert:

„Halte kurz inne und denke nach: Gibt es irgendwo ein ähnliches Land?“

Nachtrag:

Ungebetene Anrufer kommen bei mir über einen halben Satz selten hinaus. Diese alte Dame jedoch schien mir nicht von Verkaufsabsichten geplagt. Und was sagte sie nach kurzer Prüfung meiner Zuständigkeit und Verpflichtung auf absolute Verschwiegenheit? „I bin die Freundin vom Leon Czech gsei.“ Und seinen Ring habe sie noch immer. Das war im Februar 2013 der Beginn einer wunderbaren Bekanntschaft, die mich bei Gsälzbrot und „echtem Bohnenkaffee“ ein ganz anderes Bild von den Zwangsarbeitern gewinnen ließ. Ich hatte sie bisher ausschließlich als Opfer verstanden. Jetzt wurde mir klar, dass sich unter ihnen attraktive junge Männer fanden, gebildet, mehrsprachig, sexy. Und dass sich unter dem Schirm größter Geheimhaltung – jedem Paar drohten Galgen und KZ – leidenschaftliche Liebesbeziehungen



Leon Czech

am Arbeitsplatz entfalteten, deutsch-polnische, aber auch andere, mit toten Briefkästen, gefährlichen Rendezvous und höchst zweifelhafter Zukunft. Jetzt konnte ich mir allerdings auch vorstellen, was die Frau durchmachte, als ihr Leon im Sommer 1944 verhaftet wurde – und sie ihre Gefühle nicht zeigen und sich bei niemandem erkundigen durfte. Und ich verstand besser, warum Leon Czech sich vor den Zug warf, bevor sie ihn wieder folterten: er wollte seine Freundin schützen. „Niemand hat größere Liebe als wer sein Leben hingibt für seine Freunde.“ Johannes 15:13

35 Wo aber lagen Suhecki, Okroj und Czech?

36 Gemeinderatsprotokoll der Sitzung vom 10.7.61

37 undatierte Gräberliste im Ordner Kriegsgräber / Polengräber, Stadtverwaltung Sulz

38 Gemeinderatsprotokoll der Sitzung vom 10.7.61

39 Ordner Kriegsgräber / Polengräber a.a.O.

40 Die Schlampigkeit, mit der nach dem Krieg alle Listen und Akten über Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene geführt wurden, wird nur noch von der selbstgerechten Dreistigkeit übertroffen, mit der sie gefälscht und vernichtet wurden. Wer die beiden anderen dort noch Bestatteten waren, bleibt ungewiss.

41 Rechnung und Kostenvoranschlag Paulus Roth, Steinmetzbetrieb, Haigerloch v. 9.1.14; Ordner Kriegsgräber / Polengräber a.a.O.

42 etwa: Jozef Peski bittet um einen Seufzer. Hier ruhen in Gott die polnischen Märtyrer... Verstorbene Polin bittet um ein Ave Maria. Dem geliebten Engel, deine Mutter. Unserem Sonnenschein, deine Eltern

„Täterinnen“. Ein generationsübergreifendes Theaterstück über weibliche rechte Täterschaft als Kooperationsprojekt

Jens Kolata, Tübingen

„Anna und ihre Freunde sind auf Wanderurlaub. Doch eines Morgens steht die Polizei vor dem Zelt der Jugendlichen, um einen Brandanschlag aufzuklären. Rechtsradikale Motive werden vermutet und die Spuren führen zum Zeltplatz der Familie Eberle. Doch weder die Jugendgruppe von Frau Hartmann, noch Oma Weiß mit ihren Enkelinnen, die ebenfalls auf dem Platz übernachteten, wollen etwas gesehen haben. Die anfängliche Campingplatzidylle wird immer mehr von politischen Diskussionen überlagert. Charlotte, eine der beiden Enkelinnen, wird misstrauisch und spürt, dass jetzt Zivilcourage nötig wird. Doch Anna sieht die Zeichen nicht. Sie begegnet jungen und alten Nationalsozialistinnen ohne sie zu erkennen, trifft die Geister der Vergangenheit und muss sich schließlich zwischen Feigheit und Verantwortung entscheiden.“

So fasst die Ankündigung die Handlung des Theaterstücks „Täterinnen. Ein Stück über brave Mädels und Nazi-Omas“ zusammen, das seit April 2016 im Landestheater Tübingen Reutlingen (LTT) bereits acht mal aufgeführt wurde. Das von den beiden Spielleitenden Tobias Ballnus und Uschi Famers inszenierte Stück hat weibliche Täterschaft im Nationalsozialismus und der heutigen rechten Szene zum Gegenstand. Das Projekt brachte eine ungewöhnliche Mischung von Akteuren zusammen: den Theaterjugendclub am LTT (tjc), der aus Jugendlichen besteht, das Frauentheater Purpur, dessen weibliche Mitglieder zwischen 50 und 90 Jahre alt sind, und die Geschichtswerkstatt Tübingen e.V., deren verschiedene Generationen umfassende Mitglieder sich vorwiegend mit der Lokalgeschichte Tübingens im Nationalsozialismus und der örtlichen jüdischen Geschichte beschäftigen. Dabei entstand eine spannende Zusammenarbeit zwischen jung und alt zu den Themen Frauen, Gewalt, Nationalsozialismus und Rechtsradikalismus heute. Ausgehend von persönlichen



Oben: Anna lernt die rechte Jugendgruppe von Frau Hartmann kennen. Das Handeln der jugendlichen Wandergruppen wird von ‚Geister der Vergangenheit‘, (rechts hinten), geprägt.



Rechts: Die Campingplatzbesitzerin Oma Eberle versucht aus antiziganistischen Motiven, Suhni vom Platz zu vertreiben.

Fotos: David Graeterr (LTT).

Fragen wie „Wann war / bin ich gewaltbereit? Wann habe ich Gewalt erlebt?“ erschloss sich die Gruppe der Schauspielenden langsam historische und aktuelle Hintergründe. Hilfreich war dabei, dass einige Frauen der Theatergruppe Purpur als Zeitzeuginnen über eigene Erlebnisse berichten konnten.

Die Geschichtswerkstatt Tübingen arbeitete auf vielfältige Weise am Projekt mit: So gab sie ihre Expertise über einzelne in das Stück aufgenommene lokale NS-Täterinnen wie die Tübinger Rassenanthropologin Sophie Ehrhardt (1902–1990) oder die ehemalige Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink (1902–1999), die nach Kriegsende in Bebenhausen

bei Tübingen lebte. Mitglieder der Geschichtswerkstatt boten den beiden Theatergruppen auch mit einer historischen Stadtführung einen Überblick über die Lokalgeschichte des Nationalsozialismus und speziell über Tübinger Täterinnen und Täter. Darüber hinaus unterstützt die Geschichtswerkstatt das Theaterprojekt nicht nur selbst finanziell, sondern beantragte auch mit Erfolg eine Projektförderung durch die Landeszentrale für politische Bildung für ein Probenwochenende und die Werbemittel. In der Spielzeit ab Herbst 2016 sind drei weitere Aufführungen geplant. Sie finden am 12. und 13. Oktober und am 9. November jeweils um 20 Uhr im LTT in Tübingen statt.

„Späte Aufarbeitung“.

Bericht über eine Fachtagung über Lebenswelten und Verfolgung von LSBTTIQ-Menschen im deutschen Südwesten am 27./28. Juni in Bad Urach

Jens Kolata, Tübingen

Der Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes bedeutete keineswegs für alle Opfer des NS das Ende staatlicher Verfolgung, so etwa für männliche Homosexuelle. Der 1935 verschärfte § 175 des Strafgesetzbuchs wurde weiterhin bis 1969 – in Teilen sogar noch bis 1994 – angewandt und die Zahl der Verfahren erhöhte sich sogar während der Adenauer-Ära. Diese Kontinuität homophober Verfolgungspraxis in der Zeit der Bundesrepublik findet erst seit wenigen Jahren in der historischen Forschung eine gewachsene Beachtung, so beispielsweise im Rahmen eines aktuellen gemeinsamen Forschungsprojekts der Universität Stuttgart, der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld und des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin über die Geschehnisse in Baden-Württemberg. Erst jetzt wird das Unrecht auch von seiten staatlicher Stellen thematisiert und die Aufhebung dieser Urteile und eine Entschädigung der Betroffenen diskutiert. So kündigte Bundesjustizminister Heiko Maas Ende Juni 2016 einen entsprechenden Gesetzesentwurf an.

Staatliche Verfolgung und gesellschaftliche Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Transsexuellen, Transgender, Intersexuellen und queeren Menschen (abgekürzt: LSBTTIQ) sowie die juristische, historische und erinnerungskulturelle Aufarbeitung war einer der Schwerpunkte der Fachtagung „Späte Aufarbeitung. Lebenswelten und Verfolgung von LSBTTIQ-Menschen im deutschen Südwesten“, die am 27. und 28. Juni 2016 Bad Urach stattfand. Es handelte sich dabei um eine Kooperationsveranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, der Universität Stuttgart, des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin und des Netzwerks LSBTTIQ Baden-Württemberg.

Trotz des regionalen Bezugs der Tagung auf den „deutschen Südwe-



Tagungspakat (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg).

sten“, waren die über 70 Teilnehmenden teilweise bundesweit ange-reist, was das große Interesse an der Thematik widerspiegelt. Das Tagungsgebäude „Haus auf der Alb“ war ausgebucht. Die Tagungsbesucher_innen setzten sich heterogen zusammen. So waren neben universitär angebotenen und freischaffenden Historiker_innen mehrere Archivar_innen, Referendar_innen und Lehrer_innen, Mitarbeitende der Magnus-Hirschfeld-Stiftung, Aktivist_innen aus der LSBTTIQ-Community und zwei Landtagsabgeordnete anwesend. Bedauerlich ist dagegen die vergleichsweise geringe Anzahl von Aktiven aus den baden-württembergischen Gedenkstätten.

In seinem Eröffnungsvortrag mit dem Titel „Über Verfolgung – und darüber hinaus“ gab Prof. Michael Schwartz (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) einen Überblick über die „Vielfalt von Lebenssituationen nicht-heterosexueller Menschen in Deutschland aus zeithistorischer Sicht“ von Beginn des 20. Jahrhunderts bis heute, in dem er sowohl auf Verfolgungsmaßnahmen als auch auf Freiräume einging. Schwartz betonte,

dass es in den 1950er Jahren nicht nur zu einem Andauern der juristischen Verfolgung von homosexuellen Männern kam. Die starke Betonung von Sittlichkeit und Ehe der Adenauer-Ära habe sogar zu einer Intensivierung des Verfolgungsdrucks geführt. In seiner Längsschnittperspektive bot Schwartz zwei alternative Interpretationen an: Zum einen, dass die gesellschaftliche Emanzipation von LSBTTIQ als Erfolgsgeschichte gedeutet werden könne und zum anderen, dass es sich um ein lediglich für den Moment geglücktes, aber stets gefährdetes Zustand gesellschaftlicher Anerkennung handle. Gerade die homo- und transphobe Welle der letzten Jahre deutete er als Argument für weitere Interpretation. Anhand der Kießling-Affäre 1983 verwies Schwartz auf die langen Kontinuitäten gesellschaftlicher Ausgrenzung, die über die juristische Verfolgung hinausreichte.

Die Hannoveraner Historikerin Dr. Kirsten Plötz referierte über ihre Analyse lebensgeschichtlicher Interviews über den Entzug elterlicher Gewalt bzw. des Sorgerechts im Fall von lesbischen Frauen in der Bundesrepublik von den 1970er bis in die 1990er Jahre. Als einen Hauptbefund benannte sie, dass lesbische Frauen sich aufgrund der Furcht, ihre Kinder durch Familiengerichte abgesprochen zu bekommen, vielfach gegen ein coming-out entschieden.

Dr. Martin Cüppers (Universität Stuttgart) stellte in seinem Beitrag die aktuellen bzw. geplanten Forschungsansätze in Baden-Württemberg vor. Von einem gemeinsamen Forschungsprojekt der Universität Stuttgart, der Hirschfeld-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte wurde vom baden-württembergischen Ministerium für Wissenschaft und Kultus bereits ein Modul über „Lebenswelten und Verfolgungsschicksale homosexueller Männer im 20. Jahrhundert“ bewilligt. Zwei weitere Projektmodule über „Staatliche Repression und Verfol-



Kim Schicklang, Claudia Weinschenk und Ralf Bogen (von links) referierten über den Beitrag der bürgerschaftlich Engagierten zur Aufarbeitung der Ausgrenzungs- und Verfolgungsgeschichte von LSBTTIQ-Menschen im deutschen Südwesten. Foto: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Sarah Schneider.

gung nach § 175“ und über „Lebenswelten, Repression und Verfolgung von LSBTTIQ im 20. Jahrhundert“ sollen noch beantragt werden.

Dr. Daniel Baranowski (Bundesstiftung Magnus Hirschfeld) präsentierte das von der Stiftung getragene „Archiv der anderen Erinnerung“ und ging dabei vor allem auf die audiovisuellen lebensgeschichtlichen Interviews mit Betroffenen als Quelle über die Lebenssituation von LSBTTIQ in den 1950er und 1960ern ein.

Den Beitrag der bürgerschaftlich Engagierten zur Aufarbeitung der Ausgrenzungs- und Verfolgungsgeschichte von LSBTTIQ-Menschen im deutschen Südwesten behandelten Kim Schicklang, Claudia Weinschenk und Ralf Bogen. Sie präsentierten das Homepage-Projekt „Der Liebe wegen ...“, das in Form einer digitalen Landkarte Baden-Württembergs die Lebenssituation und die Verfolgung und Ausgrenzung von Betroffenen in der Region anhand von Biografien darstellen soll. Die Referierenden betonten, dass ehrenamtliche Recherchen bereits deutlich vor der universitären Erforschung des Themas einsetzten und kritisierten, dass dennoch

außeruniversitäre Akteure in das Projekt der Universität Stuttgart und der Magnus-Hirschfeld-Stiftung nicht ausreichend eingebunden seien. Auch bemängelten sie, dass das Forschungsprojekt zu wenig die Rolle von Mediziner*innen und Psychiatern als Akteure in den Blick nehme. Weinschenk und Schicklang problematisierten, dass lesbische Frauen und noch mehr Transgender, Transsexuelle, Intersexuelle und queere Menschen in der Forschung, der Erinnerungskultur, im aktuellen öffentlichen Diskurs und nicht zuletzt im Tagungsprogramm nur untergeordnete Rollen spielten. Vielmehr stünden homosexuelle Männer im Vordergrund. Diese Situation, die nicht zuletzt auf die weniger sichtbare Diskriminierung und Verfolgung dieser Gruppen und die damit verknüpfte Schwierigkeit des Quellenzugangs zurückgeht, wurde mehrfach während der Tagung problematisiert.

Den Hauptteil der Tagung bildeten die Diskussionen in thematischen Arbeitsgruppen. Die Arbeitsgruppe „Rehabilitierung und Entschädigung von nach § 175 verfolgten Menschen: das Problem des Unrechts in der

Bundesrepublik“ beschäftigte sich vor allem mit der aktuellen Forderung nach der Aufhebung des Paragraphen, wobei für die Betroffenen emotional belastende Einzelfallprüfungen einhellig abgelehnt wurden.

„Juristische und ethische Probleme bei der Aufarbeitung der Verfolgung von LSBTTIQ-Menschen in Baden-Württemberg“ waren die Themen einer anderen Arbeitsgruppe, welche in ihrer Zusammenfassung die Finanzierung und Realisierung von themenspezifischen Suchmitteln ohne diskriminierende Suchbegriffe in Archiven forderte. Auch die teils zwischen Archivar*innen, Historiker*innen und Aktivist*innen umstrittene Frage des ethischen Umgangs mit Klarnamen von Betroffenen wurde hier diskutiert. Befürworter*innen einer Nennung erwarten sich von dieser eine gesteigerte erinnerungskulturelle und gesellschaftliche Anerkennung der Betroffenenengruppen, Gegner*innen sehen in der Angabe von Klarnamen dagegen eine Ähnlichkeit zu einem nachträglichen Zwangsoouting der Betroffenen. Der Kompromissvorschlag der Arbeitsgruppe lautete, dass im Kontext des Gedenkens der volle Klarnamen verwendet werden solle, in Forschungspublikationen dagegen Namen anonymisiert sein sollten, insbesondere, wenn hierbei die unmittelbare Intimsphäre behandelt würde.

Für die Gedenkstättenarbeit von besonderem Interesse war eine Arbeitsgruppe, die das Thema „Vermittlungskonzepte an Schulen, in der Jugendarbeit und an Gedenkstätten“ behandelte. Hierbei wurden neben Ansätzen der schulischen Bildungsarbeit, wie etwa dem „Queer-History Month“ in Berlin und der Forderung nach thematischen Fachberaterstellen für Schulen auch das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Gedenkstätten besprochen. Als inhaltliche Zugänge wurden vorwiegend Biografien diskutiert. Quellen sollten neu bzw. ‚gegen den Strich‘ gelesen werden, um die Selbstempfindung, ‚anders zu sein‘ in verschiedensten Kontexten, nicht nur dem der LSBTTIQ, zu behandeln. Leerstellen und Unsichtbarkeit in den Quellen, etwa über die Frage, inwieweit unter den

Angehörigen verschiedener Verfolgengruppen des NS auch LSBTTIQ waren, sollten in der Vermittlungsarbeit der Gedenkstätten als solche offen benannt werden. Hierdurch könnte auch die Mehrdimensionalität von Identität und subjektiver Verfolgungswahrnehmungen deutlicher vermittelt werden. Ein weiterer formulierter Wunsch war der nach einem Leitbild eines möglichst divers zusammengesetzten Teams an Aktiven. Insbesondere wurde in der Arbeitsgruppe jedoch der Wunsch formuliert, die Aktiven in Gedenkstätten für das

Thema LSBTTIQ sowohl in historischer als auch in pädagogischer Hinsicht zu sensibilisieren, etwa durch entsprechende Fortbildungen, Workshops oder Veranstaltungen. Hierfür wurden Kooperationen mit LBTTIQ-Organisationen empfohlen. Als Anlass böte sich beispielsweise der jährlich am 17. Mai stattfindende Internationale Tag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie an. Allerspätestens nach homo- oder transphoben Vorfällen mit Besucher_innen oder Aktiven sollten die jeweiligen Gedenkstätten das Thema aktiv behandeln.

Den Abschluss der Fachtagung bildete die „Uracher Erklärung“ des Fachbeirats der Magnus-Hirschfeld-Stiftung, mit der dieser die „Rehabilitation und Entschädigung der nach dem § 175 und analoger Strafrechtsbestimmungen in Deutschland zwischen 1949 und 1994 verfolgten homosexuellen Menschen“ fordert. Die Erklärung kann auf der Homepage der Stiftung unter folgendem Link abgerufen werden: http://mh-stiftung.de/wp-content/uploads/FBR-BMH-Uracher_Erklärung-20160628.pdf.

Die „Urkatastrophe“ Aufzeichnungen eines Sanitätsoffiziers

Michael Zerhusen, Horb am Neckar

Opas Weltkrieg ist noch nicht vorbei. Vor genau 100 Jahren: Massensterben an der „Westfront“. Heute: Deutschland wieder im Vollbesitz seiner Kräfte und die Kanzlerin überzeugt (wie sie im Mai 2014 bei einer Ausstellung in Berlin sagte), dass die Europäische Union „die entscheidende Lehre aus der leidvollen Geschichte des Kontinents“ sei. Da machen sich inzwischen Zweifel breit. Es bleibt jedoch eine „unheimliche Aktualität des Ersten Weltkriegs“ (Spiegel 1/2014), ob nun mit Blick auf die Weltordnung, den Nahen Osten oder die Balkanregion.

Aber die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“, wie sie manche Historiker nennen, wird nicht allein durch die politische Großwetterlage verständlich. Jetzt ist ein Buch erschienen, das Einblick in die Befindlichkeiten eines Kriegsteilnehmers gibt – von der Euphorie („Jeder gehört dem Vaterland, will ihm gehören“) bis zur Desillusionierung: „Wir können die vollen Worte eines patentierten Patriotismus nicht mehr ertragen.“ Fritz Frank war Sohn einer jüdischen Familie aus Nordstetten (dem Geburtsort Berthold Auerbachs), kam 1886 im nahen Horb zur Welt, lebte in Stuttgart, wurde im August 1914 als Sanitätsoffizier eingezogen, betrieb später eine Arztpraxis in Heppenheim und emigrierte 1936 nach Palästina.

Sechs Jahre nach Kriegsende



brachte er seine Erlebnisse zwischen Mobilmachung, Gefangenschaft und Heimkehr zu Papier. Das Ergebnis ist von durchaus literarischer Qualität, detailreich, bisweilen ironisch, mehr und mehr kritisch – und um Distanz bemüht. Selbst seine Heirat mit der Russin Raissa Itin gerät zur bloßen Randbemerkung: „Nachmittags: Kriegstrauung. ... Nachts: Trennung. ... ‚Auf Wiedersehen.‘ Die Lippen sagen es nicht laut. Die Seele buchstabiert das Wort.“ Kein Pathos. Vielmehr entfaltet sich die emotionale Wirksamkeit durch eine präzise Sprache, die bisweilen stakkatohafte

Kurzfassung der Geschehnisse und die dadurch entstehende „Sachlichkeit“.

Dass diese Erinnerungen 90 Jahre nach ihrer Niederschrift zugänglich sind, ist allen voran Franks 95-jähriger Tochter Jael Pick zu verdanken: Sie gab das Manuskript an Barbara Staudacher und Heinz Högerle vom „Synagogenverein“ in Horb-Rexingen – die dann ihrerseits ein ansehnliches 230-Seiten-Buch daraus machten, mit vielen Fotos, auch von einer Reise nach Frankreich, das vielerorts noch immer „gezeichnet“ ist.

Wir danken dem Rezensenten und dem „Literaturblatt für Baden-Württemberg“ für die freundliche Überlassung der Buchbesprechung.

**Fritz Frank, Das „Stahlbad“ .
Aufzeichnungen eines Arztes aus dem
Ersten Weltkrieg. 1914–1918.**

Barbara Staudacher Verlag Horb.
228 Seiten, 16 Euro.

Zu beziehen über den Buchhandel oder versandkostenfrei direkt beim Verlag.

Mahnmale des Künstlers Rolf Storz gegen den Unrechtstod beim Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus in Schramberg

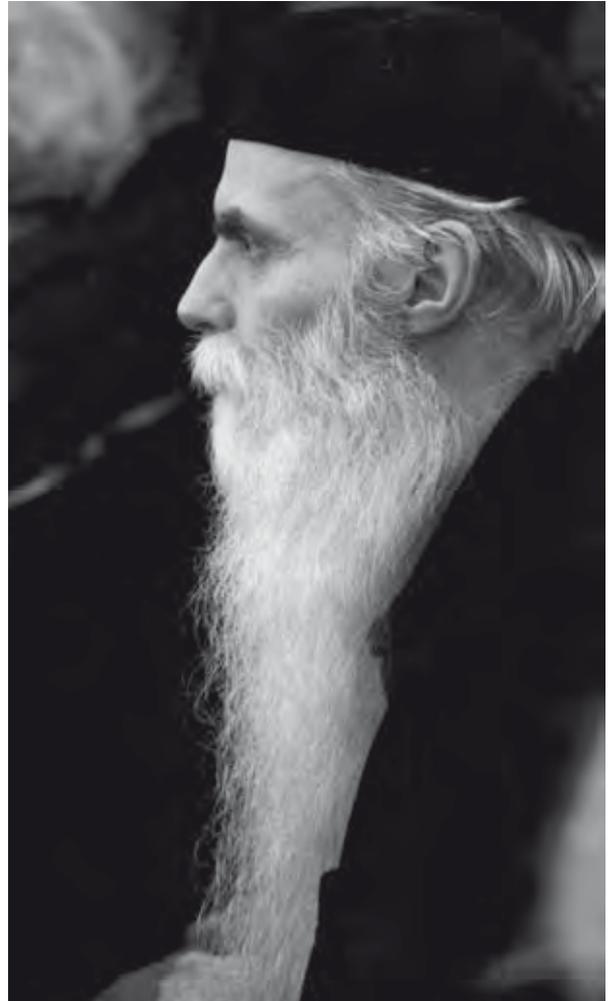
Carsten Kohlmann, Oberndorf am Neckar

In den mittlerweile über sieben Jahrzehnten seit dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sind in vielen von ihr betroffenen Ländern eine große Zahl von Denk- und Mahnmalen an diese Zeit und ihre Opfer entstanden, die viel darüber aussagen, welche Sichtweisen es in den unterschiedlichen Phasen der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit gegeben hat. Bei der Gestaltung solcher Denk- und Mahnmale spielen bis heute Künstler eine wichtige Rolle, die mit ihrer Bildsprache oft etwas ausdrücken können, was auf andere Art und Weise nicht möglich ist. Das trifft insbesondere auf das kaum vorstellbare Leiden der NS-Opfer zu, die in den Konzentrationslagern oder an anderen Orten ermordet worden sind.

In der Region des Gedenkstättenverbundes Gäu-Neckar-Alb ist Rolf Storz aus Schiltach im Landkreis Rottweil einer dieser Künstler, der sich seit langem mit der NS-Zeit auseinandersetzt. Zu seinem Werk zählen insgesamt drei „Mahnmale gegen den Unrechtstod“, unter denen sein Entwurf für das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ in Berlin von herausragender Bedeutung ist, da er zu den sieben preisgekrönten Arbeiten gehörte. Zum diesjährigen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus in der Großen Kreisstadt Schramberg wurde dieser Entwurf am 27. Januar 2016 in einer Präsentation vorgestellt. In einem anschließenden Gespräch berichtete der Künstler, wie er als Angehöriger der Nachkriegsgeneration das Fortwirken der NS-Vergangenheit erlebt hat und wie das Leiden der Menschen in dieser Zeit zu seinen „Mahnmalen gegen den Unrechtstod“ führte.

Rolf Storz wurde 1956 als einziges Kind des Schreiners Arthur Storz (1923–1997) und seiner Ehefrau Martha Storz (1922–2010) in Schramberg geboren. Bereits als Schüler wurde Kunst zu seinem „Lebensfach“,

Der Künstler Rolf Storz aus Schiltach. Foto: Eberhard Fischer, Schramberg.



darin entscheidend ermutigt von Franz Krisch (1915–1978), einem Kunsterzieher am Gymnasium Schramberg, der von den 1950er- bis 1970er-Jahren einer ganzen Generation von damals jungen Menschen eine lebenslang anhaltende Prägung vermittelte. Nach der Schulzeit arbeitete Rolf Storz zuerst als Gärtner bei der Stadt Schramberg und ist seit 1987 freischaffender Künstler. 1982 zog er von Schramberg nach Schiltach und ist seitdem dort im Stadtteil Lehengericht zu Hause.

In seiner ersten Werkphase in den 1970er- und 1980er-Jahren entstanden vor allem Porträts in Kreide, Aquarell, Öl und Mischtechnik, die Rolf Storz in einem Gespräch einmal als „Menschenbegegnungen“ be-

zeichnete. Seine persönliche und künstlerische Frage lautete von Anfang an: „Mensch, wer bist Du?“

Ende der 1980er-Jahre endete die von der Gegenständlichkeit geprägte erste Werkphase in einer deutlichen Zäsur. In einer zweiten Werkphase, die bis heute andauert, setzt der Künstler seine Suche in der Nicht-Gegenständlichkeit fort. Seine Arbeiten waren im Lauf der Zeit in mehreren Einzel- und Gruppenausstellungen zu sehen. Das Land Baden-Württemberg, der Landkreis Rottweil und die Stadt Schiltach haben Bilder des Künstlers für ihre Sammlungen angekauft. Viele weitere Werke aus älterer und jüngerer Zeit befinden sich daneben in Privatbesitz.

Die NS-Zeit, in der die Menschen

seiner Umgebung noch vor etwas mehr als einem Jahrzehnt vor seiner Geburt gelebt hatten, wurde dem empfindsamen Kind schon früh bewusst. Das Erinnerungsvermögen des Künstlers setzt zu Beginn der 1960er-Jahre ein. „Die Straße war gefegt“, sagt Rolf Storz im Rückblick auf die damalige Situation mitten im Wirtschaftswunder der jungen Bundesrepublik Deutschland, von dem auch die betriebsame Industriestadt Schramberg im Schwarzwald erfüllt war. „Für mich waren keine Spuren sichtbar weder akustisch noch visuell noch in anderer Form praktisch, bis dann so langsam bei genauerem Hinsehen im Rinnstein dieser so sauber gefegten Straße immer wieder Schreckliches für mich als Kind zu finden war. Und weil die Straße so sauber gefegt war, war mein Erschrecken umso größer. Ich hatte nicht damit gerechnet, was ich da zu sehen bekam“, erinnert er sich.

Es war eine Gruppe von Kriegsversehrten, die ihm die Augen für das Leid öffnete, das die NS-Zeit hinterlassen hatte. Allabendlich zogen nach dem Betriebsschluss in den Fabriken in der Stadt Schramberg einige Kriegsversehrte auf ihrem Hinweg in den Stadtteil Sulgen an seinem Elternhaus im ehemaligen Gasthaus „Goldener Stern“ an der alten Steige vorbei, die aufgrund ihrer Behinderungen etwas früher als ihre Kollegen gehen durften. „Alles was der Krieg an Verletzung bieten kann und was möglich ist zu überleben, ohne Beachtung dessen, wie die Seele empfindet und was aus ihr wurde, war zu sehen: fehlende Körperteile, verlorenes Augenlicht und die Schwierigkeit, damit dann umzugehen [...] Immer wieder sah ich sie. Und ich sehe sie heute noch. Und dieses im Rahmen einer so gefegten Straße – im übertragenen Sinn gemeint –, damit habe ich als Kind nicht gerechnet. Das hat mich aufmerksam gemacht.“

Mit seinen Fragen wandte er sich an seine Großmutter Anna Schaupp (1883–1978), die ihm viel aus den Kriegsjahren in dem damals sehr belebten Gasthaus erzählen konnte, aber auch an seine Mutter. Beide konnten ihm beide aber nur „Teilantworten“ geben. Sein Vater, der bei der

Wehrmacht gewesen war, schwieg – wie so viele seiner Generation. Tiefen Eindruck machte auf ihn, als ihm seine Mutter von der Rückkehr eines KZ-Überlebenden aus der Nachbarschaft berichtete. Der Fabrikarbeiter Franz Armbruster (1898–1978) war von 1933 bis 1945 als KPD-Mitglied

fast ununterbrochen inhaftiert gewesen und hatte die Konzentrationslager Dachau, Mauthausen, Majdanek, Auschwitz und Ebensee überlebt: „Du hättest den Mann sehen sollen. Wenn ich mich richtig entsinne, war er barfuß, er war nur noch ein Skelett, ein Toter auf zwei Füßen.“



Holztafel „Die neunte Stunde“ von Rolf Storz in der Evangelischen Kirche in Wolfach. Foto: Carsten Kohlmann, Oberndorf a.N.

Die Erinnerung, die Rolf Storz an die „Atmosphäre“ der 1960er-Jahre hat, sind über ihn hinaus wohl repräsentativ für die damalige Zeit: „16 Jahre waren vergangen. Zum einen eine lange Zeit, um eine Straße zu fegen. Wohl aber können sie nicht genügen, den tiefen Staub zu beseitigen. Er war nicht spürbar. Und dieses vermeintliche Fehlen dieses tiefen Staubs, hinterließ eine Atmosphäre von einer besonderen Art der Stille – bleiern, fast unbemerkt. Und trotzdem sie war überall dabei, diese Stille der [19]50er[-Jahre], wie ich nur ahnen kann, hinreichend auch weit bis in die [19]60er[-Jahre], welche dann dazu führte, dass Ende der [19]60er[-Jahre] politische Entwicklungen ihren Gang nahmen, man denke an die 68er-Zeit, die nicht mehr bereit waren, sich dieses gefallen zu lassen und ihre Väter fragten und auch nicht wollten, dass die Feger der Straßen oftmals keine anderen waren als die, welche diese Straße getränkt haben mit Menschenblut.“ Die damalige „Revolute“ erreichte auch in der Industriestadt Schramberg im Schwarzwald einige junge Leute, die in einen „Krieg“ mit ihren Eltern gerieten. Rolf Storz war daran beteiligt und fertigte einige Plakate zu den damaligen politischen Themen an.

Die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit hat den Künstler seitdem stets begleitet, immer aber vor dem Hintergrund der Grundfrage, der er bis heute in seiner Arbeit nachgeht: „Heute als Erwachsener kann ich sagen, es war damals schon der Vorläufer von dem tiefen Interesse an der Frage: ‚Mensch, wer bist Du?‘ Denn der Nationalsozialismus bietet – wenn man es wissenschaftlich betrachtet – ein entsetzliches Labor von dem was Menschsein ausmacht im Gutem wie im Bösem [...] Das Buch des Menschseins liegt offen in allen Facetten, in allen Farben. Und die Frage ‚Mensch, wer bist Du?‘ beschäftigt mich weit über den Nationalsozialismus hinaus, er ist mir nur Mittel zu dem Zweck an diesem Punkt, wenn ich das so sagen darf, aber immer wieder ein Raum und eine Räumlichkeit, in der ich mich finde immer auf der Suche nach dem, was den Menschen als solches ausmachen

kann und leider in vielem auch tut.“

Die Auseinandersetzung des Künstlers mit dem „Unrechtstod“ verdichtete sich im Frühjahr 1991 in seinem Bild „Die neunte Stunde“, das den gekreuzigten Christus zeigt. Eigentlich hatte sich der Künstler zu dieser Zeit bereits von der Gegenständlichkeit gelöst und kehrte mit diesem Bild ein letztes Mal in diese Ebene zurück, um sie dann endgültig zu verlassen. Im Herbst 1991 war das Bild, das wohl zu den bedeutendsten zeitgenössischen Kreuzigungsdarstellungen zu zählen ist, in einer Einzelausstellung im Stadtmuseum Schramberg zu sehen und wurde danach von der Evangelischen Kirchengemeinde Wolfach erworben.

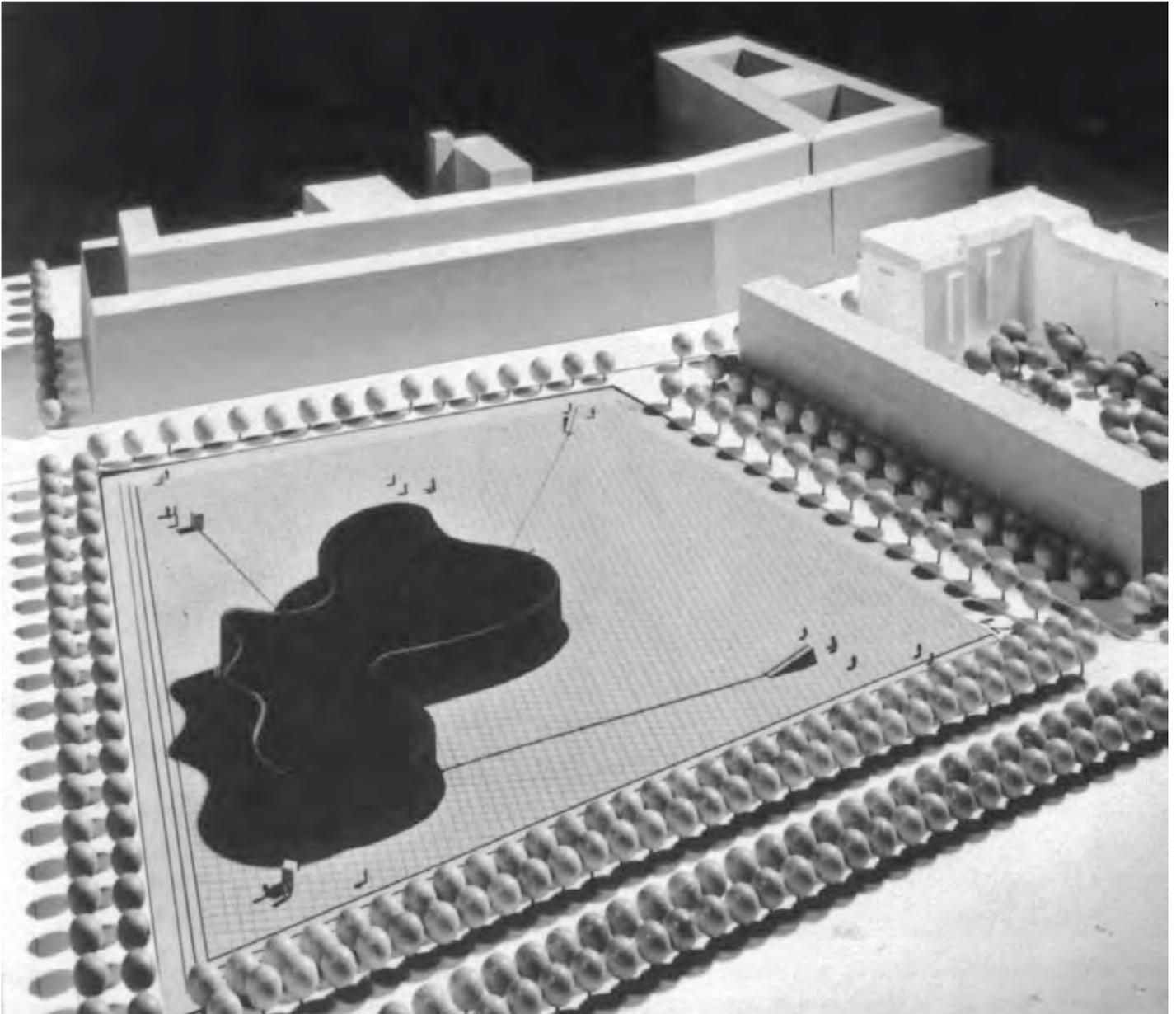
Inspiriert wurde er zu dieser expressiven und dadurch den Betrachter zutiefst erschütternden Darstellung durch eine alte Tür, die er auf dem Bauernhof in Lehengericht fand, in dem er damals sein Atelier hatte. „Die Maserung in den drei Holzbrettern war so ausgeschafft, dass sie mich an den Blutfuß von Christus am Kreuz erinnerte“, sagt Rolf Storz über die Entstehung dieses Bildes. Der Künstler lässt die Einordnung des Bildes als Mahnmal gelten: „Bewusst klar war mir in dem Ganzen, dass die Motivation darin bestand, dem von mir so genannten ‚Unrechtstod‘, welcher Christus ans Kreuz schlug, von meiner Seite Mitklage und Anklage zu geben.“

Im Frühjahr 1994 wurde er von seiner Bekannten Susanne Trautwein aus Schiltach, die ihm einen Ausschnitt aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zusandte, auf die Ausschreibung des Bundeswettbewerbes für ein „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ in Berlin aufmerksam gemacht. Damit verband sie die Frage: „Wäre das nicht etwas für Dich?“ Die Ausschreibung war das Ergebnis großer Diskussionen in den 1980er- und frühen 1990er-Jahren über eine zentrale Gedenkstätte an die damals im Anschluss an den gleichnamigen Fernsehfilm aus dem Jahr 1978 überwiegend als „Holocaust“ bezeichnete Verfolgung und Vernichtung der Juden in der NS-Zeit, deren politische Bedeutung durch das Epochenjahr 1989 und die „Wieder-

vereinigung“ des bis dahin geteilten und nun seine „Identität“ neu bestimmenden Deutschlands nochmals zunahm. Im Vorfeld hatten zahlreiche Jahrestage – 50 Jahre „Machtergreifung“ (1983), 40 Jahre Kriegsende (1985), 50 Jahre „Reichskristallnacht“ (1988) und 50 Jahre Kriegsbeginn (1989) – einen starken Bewusstseinschub gegenüber der NS-Vergangenheit in großen Teilen der Gesellschaft bewirkt. Das damalige Geschehen war durch zahlreiche, damals noch vergleichsweise „junge“ Zeitzeugen auch noch ungleich präsenter als heute, da nun die letzten Zeitzeugen hoch betagt sind und sterben.

Nach einem Besuch der zentralen Gedenkstätte „Yad Vashem“ in Israel für den Film „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“ griff die Publizistin Lea Rosh (*1936) den Gedanken des Historikers Eberhard Jäckel (*1929) auf, auch in Deutschland eine zentrale Gedenkstätte wie in Israel zu schaffen. Zu Beginn des Jahres 1989 richtete die Initiative „Perspektive Berlin“ einen Aufruf an die Bundesregierung, die Regierung der Bundesländer und den Senat der Stadt Berlin, in dem die Errichtung einer zentralen Gedenkstätte auf dem so genannten „Prinz-Albrecht-Gelände“ gefordert wurde, auf dem sich in der NS-Zeit das „Reichssicherheitshauptamt“ und die „Geheime Staatspolizei“ befunden hatten. Erster Unterzeichner des Aufrufes war der ehemalige Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt (1913–1992). Ein Zitat von Willy Brandt wurde für den dann gegründeten „Förderkreis zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas“ zum Leitwort: „Unsere Würde gebietet einen unübersehbaren Ausdruck der Erinnerung an den Mord an den europäischen Juden.“

Im Lauf der Diskussion (und der Wiedervereinigung der neuen Bundeshauptstadt Berlin) verlagerte sich der bevorzugte Standort vom „Prinz-Albrecht-Gelände“ auf den Bereich der ehemaligen „Reichskanzlei“ in den so genannten „Ministertgärten“, wo das Denkmal dann 2002/03 auch tatsächlich gebaut wurde. Das Ringen um das Denkmal, das der Kunstkritiker und Publizist Eduard Beucamp



Entwurf der Gruppe um Rolf Storz für das Mahnmal in Berlin. Foto: Scala Stuttgart.

(*1937) als „Grundstein der neuen Berliner Republik“ bezeichnete, wurde zur großen erinnerungspolitischen Kontroverse des wiedervereinigten Deutschlands, deren Einzelheiten in der am Ende genannten Literatur nachgelesen werden können. Im Frühjahr 1994 wurde von der Bundesrepublik Deutschland, dem Land Berlin und dem Förderkreis ein künstlerischer Wettbewerb ausgeschrieben, zu dem zwölf namhafte internationale Künstler zugeladen wurden. Einen vergleichbaren Wettbewerb hatte es zuvor nicht gegeben. Der Förderkreis erklärte dazu: „Es gibt kaum eine schwierigere Aufgabe, als den Opfern des nationalsozialistischen Mordes an den Juden ein Denkmal zu

bauen [...] Die besten Künstler der Gegenwart sollen zur Teilnahme an diesem Wettbewerb eingeladen werden, wo immer sie leben.“

Rolf Storz konnte sich eine Beteiligung an dem Wettbewerb mit Blick auf die inhaltliche und gestalterische Dimension zunächst nicht vorstellen, da die Aufgabe seine Kräfte zu überfordern schien. Sein Gewissen, geprägt von langer Auseinandersetzung mit der NS-Zeit, ließ ihn aber nicht zur Ruhe kommen: „'Du, ziehst Dich da davor zurück? Was ist denn das alles wert, Dein Interesse am Unrecht und am Mensch? Und jetzt kneifst Du?' Auch das habe ich wieder verdrängt, aber es ließ nicht los [...] Was mich wachrief in meinem Inne-

ren war das Verbrechen an diesen Menschen [...] Es war der Unrechts-tod.“ Im Ringen um eine Inspiration erinnerte er sich an ein Zitat eines Auschwitzüberlebenden, den er in den 1980er-Jahren in einer Filmdokumentation gesehen hatte: „Alles, was uns blieb, war der Himmel über uns, aber auch jener entrückte immer mehr.“ Das Zitat wurde zum Ausgangspunkt für seinen die völlige Verlassenheit der Opfer erfahrbar machenden Entwurf, der in Zusammenarbeit mit dem Landschaftsarchitekten Hans-Jörg Wöhrle aus Schiltach (heute Berlin) und dem Architekten und Stadtplaner Jörg Esefeld vom Architekturbüro Scala in Stuttgart weiterentwickelt wurde. Eine (frühe) Videosimulation ermöglichte

zudem eine hohe Anschaulichkeit. Unter den insgesamt 528 eingereichten Entwürfen kam der Beitrag der Gruppe um Rolf Storz auf den siebten Platz und befand sich damit in der Spitzengruppe der acht preisgekrönten Arbeiten. In der Schwäbischen Zeitung (Schwarzwälder Tagblatt) vom 23. März 1995 wurde das Konzept anschaulich beschrieben: „Der prämierte Modellentwurf zeigt von außen eine zehn Meter in die Höhe ragende schwarze Betonwand. Vier unterirdische Gänge führen strahlenförmig zu dem Monument hin. Nach oben geöffnet, kann der Besucher während seines Weges immer den Himmel sehen. Doch durch das stetige Gefälle werden die Gänge zu 30 Meter hohen Schächten. Der Himmelsausschnitt wird so zu einem schmalen Strich. Der Künstler will auf diese Weise das Gefühl der Bedrängnis und der Angst ausdrücken, welches die Juden auf ihrem Weg verspürt haben. Sobald der Besucher aus den Gängen heraustritt, erkennt er zwar wieder den Himmel, ist aber in 23 Metern Tiefe eingeschlossen von schwarzem Beton. Der Boden besteht aus verrosteten Gittern, die bei jedem Schritt schwingen und Schall erzeugen. Die Mauern selbst stehen frei und sind nicht mit dem Boden verbunden, um so den Eindruck zu erwecken, immer weiter in die Tiefe zu versinken. Die Außenfläche ist mit großen Betonplatten gepflastert, zwischen denen Unkraut wachsen kann. Die Intention des Monuments ist, eine destruktive Atmosphäre zu schaffen.“

Im Urteil des Preisgerichtes heißt es über den Entwurf: „Im Vergleich zu anderen unterirdischen Anlagen stellt dieser Entwurf eine beachtliche und beeindruckende Lösung dar, die durch ihre Monumentalität und Geschlossenheit verschiedene Assoziationen, z.B. die Verlassenheit und Hoffnungslosigkeit hervorruft. Der Entwurf hat unzweifelhaft den Charakter von Erlebnisarchitektur. Die Kombination von hellen, belichteten Zugängen zu einem dunklen, unbestimmten Raum überzeugt. Der Aufenthalt in dem Raum, der keinen Ausblick zum Stadtraum zulässt, sondern nur den Blick in den Himmel, setzt den Betrachter durch eine extreme Atmosphäre extremen Gefühlen aus.“ Aufgrund



Entwurf von Rolf Storz für das Denkmal zur Erinnerung an die Zwangsarbeiter in Oberndorf am Neckar. Foto: Andreas Kussmann-Hochhalter, Stadt Oberndorf a.N.

andauernder (auch innerer) Kontroversen kam es nach einer einjährigen Denkpause im Jahr 1997 zu einem zweiten Wettbewerb, zu dem die Gruppe um Rolf Storz als Preisträger zwar eingeladen war, sich daran aber nicht mehr beteiligt hat. Den dann nach erneut kontroversen Diskussionen verwirklichten Entwurf des Architekten Peter Eisenman (*1932) aus den USA bezeichnet er zwar als Ergebnis eines fragwürdigen Kompromisses, aus künstlerischer Sicht würdigt er ihn indes als „ein Optimum.“

Einige Jahre später reichte Rolf Storz im Jahr 2005 beim geschlossenen Wettbewerb der Stadt Oberndorf am Neckar für das Denkmal zur Erinnerung an die Zwangsarbeiter im Zweiten Weltkrieg einen weiteren Entwurf für ein „Mahnmal gegen den Unrechtstod“ ein. Zu seinem Entwurf schrieb er: „Das Mahnmal in seiner

massiven Form (4,9 m hoch und 3,9 breit) soll sich dem Betrachter als Wand entgegenstellen, seinen Weg unterbrechen, ihn zum Halten, zum Innehalten bewegen. Die Schrift [...] hoch oben [...] zwingt ihn, seinen Blick zu erheben und so einer Anklage zu begegnen, die in drei Worten verschleppt – entrechtet – missbraucht das manifestiert, was für Millionen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Deutschland galt: Allein gelassen zu sein und ohnmächtig einem Regime ausgeliefert zu sein, das auch in Oberndorf dafür steht, dass hier 283 Menschen ihr Leben lassen mussten.“ Der Entwurf wurde zwar nicht verwirklicht – die Entscheidung fiel für das am 27. Januar 2007 eingeweihte „Buch der Erinnerung“ des Künstlers Jürgen Knubben (*1955) aus Rottweil –, ist aber nach wie vor bedenkenswert.

Im Rückblick auf seine Beiträge für Denk- und Mahnmale zur Erinnerung an die NS-Zeit meint der Künstler heute, dass man diese Art des Gedenkens zwar nicht unter-, aber auch nicht überbewerten sollte. Er selbst kam für sich zu dem Schluss: „Egal wie gut gemeint: Man kann diesem Verbrechen mittels keiner vorstellbaren Konzeption gerecht werden.“ In einem Gespräch erwiderte ihm ein Bekannter daraufhin: „Ja, weißt Du, das mag ja schon sein. Aber dann wäre ja gar nichts da, was erinnern würde auf dieser Ebene. Das wäre ja auch nicht besser.“ Die Antwort stimmte ihn nachdenklich: „Die Wahrheit liegt wohl zwischen diesen beiden Extremen der Beantwortung. Existenzrecht ja, Existenzrecht nein. Denn es wird immer seiner Art unvollkommen bleiben. Aber ich gebe

ihm Recht. Die Konsequenz wäre, dann wäre gar nichts auf dieser Ebene. Und das wäre nicht gut. Wäre es aber nur diese Ebene, wäre es zu wenig. Aber es ist eine Möglichkeit, Erinnerung wach zu halten, eine von mehreren.“

Quellen

- Stadtarchiv Schramberg
 – Bestand I III 2 – Dokumentation Schramberg II: Storz, Rolf (*1956)
 – Bestand K III 4 – Tonarchiv: Interview von Carsten Kohlmann mit Rolf Storz am 17. September 2016

Literatur

- Evangelisches Pfarramt Wolfach-Oberwolfach (Hg.): Evangelische Stadtkirche Wolfach 1898-1993, o.O. 1993, S. 32.
 Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen, Abteilung Städtebau und Architektur (Hg.): Künstlerischer Wettbe-

- werb. Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Ausschreibung, Berlin 1994.
 Senatsverwaltung für Bau- u. Wohnungswesen, Abteilung Städtebau und Architektur, Referat III D, Kunst im Stadtraum (Hg.): Künstlerischer Wettbewerb. Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Kurzdokumentation, Berlin o.J. [1995].
 Rolf Storz, Hugstetten o.J. [1995].
 Cullen, Michael S. (Hg.): Das Holocaust-Mahnmal. Dokumentation einer Debatte, Berlin 1999.
 Heimrod, Ute/Schlusche, Günter/Seferens, Horst (Hg.): Das Denkmal. Der Denkmalstreit - Das Denkmal? Die Debatte um das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“. Eine Dokumentation, Berlin 1999, S. 281.
 Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (Hg.): Materialien zum Denkmal, Berlin 2005.
 Rolf Storz. In: Bornschein, Lars/Rüth, Bernhard (Hg.): kunst raum schramberg. Spektrum 2015, Villingen-Schwenningen 2015, S. 62-65.

Neues Tätigkeitszertifikat an Jugendguides übergeben

Jugendguides mit den VertreterInnen des Gedenkstättenverbunds und der Geschichtswerkstatt nach der Übergabe der Tätigkeitszertifikate am Denkmal Synagogenplatz in Tübingen. Von links: Ulrike Baumgärtner, Jens Kolata, Karolina Belina, Valentin Heinze, Judith Rühle, Aglaia Kootz und Martin Ulmer. Foto: Geschichtswerkstatt Tübingen.



Am 28. Juli 2016 überreichte der Gedenkstättenverbund in Anwesenheit von VertreterInnen der Geschichtswerkstatt am Tübinger Synagogenplatz an vier Jugendguides das neue Tätigkeitszertifikat. Die Jugendguides Karolina Belina, Valentin Heinze, Judith Rühle und Aglaia Kootz haben sich in diesem und letzten Jahr intensiv in der Geschichtswerkstatt Tübingen, in der KZ-Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen und im Bereich des Gedenkstättenverbunds bei verschiedenen Projekten engagiert. Sie

machten regelmäßig Führungen zur NS-Geschichte und zur jüdischen Geschichte für Jugendliche und Erwachsene, sie boten eigene Veranstaltungen wie zum jüdischen Viehhandel an, wirkten bei Bildungsmaterialien mit, sie hielten am 9. November Redebeiträge zu jüdischen Familien bei der zentralen Gedenkveranstaltung und einzelne betreuten die Jugendguide-Unterseite der Homepage des Verbunds. Dieses herausragende Engagement hat der Gedenkstättenverbund durch ein neues offizielles

Tätigkeitszertifikat honoriert. Es dient der Stärkung der wichtigen Jugendarbeit in den Gedenkstätten. Es soll jungen Leuten einen zusätzlichen Anreiz für ein anhaltendes Engagement in den Gedenkstätten bieten und den Jugendguides für ihre weiteren Biografie von Nutzen sein. Der Gedenkstättenverbund und die Geschichtswerkstatt übermittelten ihren großen Dank an die Jugendguides und luden sie nach der Übergabe der Zertifikate zum Essen ein.
Martin Ulmer

Veranstaltungen im Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb



Samstag, 5. Nov. 2016, 19.30 Uhr Ev. Kirche (Gäufelden-)Tailfingen Eintritt: frei	Briefe zwischen Freya von Moltke und Helmuth James aus den Jahren 1944 und 1945. Lesung von Jan Uplegger und Claudia Schwartz . Musik: Shaul Bustan an Cello und Mandoline Veranstalter: Ev. Kirche Tailfingen, KZ-Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen
Sonntag, 6. Nov. 2016, 17.00 Uhr Ehemalige Synagoge Rexingen Freudenstädter Str. 16, Horb-Rexingen	Oratorium nach Leben und Werk Dietrich Bonhoeffers. Text & Musik: Mathias Nagel . Einstudierung und Leitung: Uta Schumacher . Er singen und spielen der Kirchen- und Projektchor Loßburg. Klavier: NN. Schlagzeug: Anton Kananaev . Sprecherin: Friderike Schmalfuß .
Mittwoch, 9. Nov. 2016, 19.30 Uhr Ehem. Synagoge Haigerloch , im Haag	Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Zerstörung der Synagogen in Deutschland 1938 Musikalische Gestaltung: Gospelchor Haigerloch
Mittwoch, 9. Nov. 2016, 18.00 Uhr Gedenkstätte Synagoge Baisingen Rottenburg-Baisingen	Gedenkstunde zur Erinnerung an die Reichspogromnacht 1938 gestaltet von Rottenburger Schülerinnen und Schülern.
Mittwoch, 9. Nov. 2016, 18.00 Uhr Konvikt, Johannsergasse 1, Rottweil am Neckar	Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Zerstörung der Synagogen in Deutschland 1938
Mittwoch, 9. Nov. 2016, 18.00 Uhr Synagogenplatz, Gartenstraße Tübingen	Gedenkstunde. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 zerstörten Mitglieder der SA Synagogen, Hunderte von Juden wurden ermordet oder in KZs deportiert. Auch die Tübinger Synagoge in der Gartenstraße wurde entweiht und abgebrannt. In einer Gedenkstunde am Synagogendenkmal wird in Redebeiträgen an diese Nacht erinnert
Mittwoch, 9. Nov. 2016, 19.00 Uhr Alte Synagoge, Goldschmiedstr. 20 Hechingen Eintritt: Euro 20 / ermäßigt 15 Euro / Schüler, Studenten 10 Euro	„Hochzeit in Kommeno“. Szenische Lesung mit Nadine Quittner (Schauspiel), Charlotte Mednansky (Schauspiel), Günter Baby Sommer (Schlagzeug, Percussion), Katharina Hilpert (Flöten). Es wird die Geschichte von Alexander Malliou erzählt, einem Überlebenden einer Hochzeitsgesellschaft, die während des Massakers von Kommeno durch die Wehrmacht am 16. August 1943 ermordet wurde.
Mittwoch, 9. Nov. 2016, 19.00 Uhr Vor dem Jüdischen Betsaal Horb Fürstabt-Gerbert-Str. 2, Horb a.N.	Gedenkstunde an die Pogromnacht 9. November 1938 und den Tag der Zerstörung am 10. November in Horb . Es werden von Jugendlichen und Erwachsenen Texte von Zeitzeugen gelesen.

30 Jahre Wiedereröffnung der Alten Synagoge Hechingen

Sonntag, 13. Nov. 2016, 16.00 Uhr Alte Synagoge, Goldschmiedstr. 20 Hechingen	Ausstellungseröffnung „30 Jahre – 30 Höhepunkte“ Anlässlich des 30jährigen Jubiläums der Wiedereröffnung der Alten Synagoge Hechingen blickt die Ausstellung auf die Höhepunkte der letzten drei Jahrzehnte zurück. Zudem werden sich Begleiter der Alten Synagoge Hechingen an die vergangenen 30 Jahre erinnern.
Sonntag, 20. Nov. 2016, 16.00 Uhr Alte Synagoge, Goldschmiedstr. 20 Hechingen	Podiumsdiskussion: Die Zukunft von Synagogen als Gedenkstätten Die Alte Synagoge Hechingen kann auf drei Dekaden als Gedenkstätte zurückblicken. Doch wie sieht die Zukunft aus? Dieser Frage soll am 20. November 2016, 30 Jahre nach der Wiedereröffnung am 19.11.1986, nachgegangen werden. Hierzu werden Vertreter aus Politik, Religion und Gedenkstättenarbeit über die Gegenwart und Zukunft von Gedenkstätten diskutieren.
Sonntag, 13. Nov. 2016, 17.00 Uhr Im Seminarraum Rathaus Tailfingen, Gäufelden.	Die Krematorien von Auschwitz – ältere, jüngere und aktuellere Geschichte der Firma Topf & Söhne in Erfurt. Multimediale historisch-geschichtspolitische Darstellung von Christian Eisbrenner . Veranstaltung der KZ-Gedenkstätte Hailfingen • Tailfingen e. V. mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Vor der Veranstaltung wird um 16 Uhr eine Einführung in die Ausstellung der Gedenkstätte angeboten.

Montag, 14. Nov. 2016, 19.00 Uhr
Alte Synagoge, Goldschmiedstr. 20
Hechingen

Interreligiöser Dialog aus der Sicht von Muslimen – am Beispiel des Propheten Muhammed. Referent: **Kadir Sancı M.A.**, House of One Berlin. Der Referent, Imam in der „House of One“-Stiftung in Berlin, behandelt das Thema Migration aus muslimischer Sicht. Dabei durchleuchtet er die Tradition des Propheten Muhammed, der im Jahre 622 von Mekka nach Medina flüchten musste und dort schützend aufgenommen wurde. Kadir Sancı leitet aus muslimischen Traditionen Handlungsmaximen für den interreligiösen Dialog ab.

Mittwoch, 16. Nov. 2016, 19.00 Uhr
Alte Synagoge, Goldschmiedstr. 20
Hechingen

„Gott hat den Fremdling lieb“ – Biblische Herausforderungen zum Umgang mit Fremden. Referent: **Dietrich Heyde, Propst i.R.** Am zweiten Vortragsabend zum Thema fragt der Referent, was die jüdische und christliche Bibel gottgläubigen Menschen im Umgang mit Fremden ans Herz legt. Sein Vortrag vereinigt in der Fülle der Gedanken biblische Einsichten mit der Analyse aktueller Probleme unserer Zeit.

Mittwoch, 16. Nov. 2016, 19.30 Uhr
Museum **Bisingen**, Kirchgasse 15,
Bisingen

Prof. Peter Steinbach, wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, spricht über den **Hitlerattentäter Georg Elser und sein Vermächtnis** für uns heute.

So., 27. Nov. 2016 bis So., 8. Jan. 2017
Museum Jüdischer Betsaal **Horb**
Fürstabt-Gerbert-Str. 2, **Horb**

„War da was bei uns?“ Die Ausgrenzung und Verfolgung von Juden im Oberen Nagoldtal zwischen 1933 bis 1945. Eine Ausstellung, erarbeitet von Schülerinnen und Schülern der Realschule Nagold mit ihrem Lehrer Gabriel Stängle.
Öffnungszeiten jeweils samstags und sonntags von 14.00 bis 18.00 Uhr.

Sonntag, 18. Dez. 2016, 16.00 Uhr
Alte Synagoge, Goldschmiedstr. 20
Hechingen

Edzard Schaper, „Die Legende vom Vierten König“ (1961) und „Das Christkind aus den großen Wäldern“ (1952) mit **Rudolf Guckelsberger** (Lesung) und **Ulrich Schlumberger** (Akkordeon)
Eintritt: 12 Euro / ermäßigt 10 Euro

Sonntag, 15. Januar 2017, 16.00 Uhr
Alte Synagoge, Goldschmiedstr. 20
Hechingen

„Liebesgeschichten in der Musik, Teil 1: Mozart und Beethoven“ mit **Jochen Brus** (Violine und Moderation) und **Alexander Reitenbach** (Flügel). Eintritt: 12 Euro / ermäßigt 10 Euro

Mittwoch, 25. Januar 2017, 19.00 Uhr
Bildungszentrum **Gosheim-Wehingen**,
Im Weiher 4, 78564 **Wehingen**

**An drei Abenden an drei verschiedenen Orten:
Konzert zum Internationalen Holocaust-Gedenktag.**

Donnerstag, 26. Januar 2017, 19.30 Uhr
Ehemalige Synagoge Rexingen
Freudenstädter Str. 16, **Horb-Rexingen**

Olivier Messiaen, „Quatuor pour la fin du Temps“, mit **Gustav Frielinghaus**, Violine; **Yves Sandoz**, Violoncello; **Raphaël Schenkel**, Klarinette, **Martin Klett**, Klavier. Mit einer Einführung durch **Rudolf Guckelsberger** bzw. durch die Musiker.

Freitag, 27. Januar 2017, 19.00 Uhr
Alte Synagoge, Goldschmiedstr. 20
Hechingen

Im STALAG VIII A bei Görlitz, in dem 8000 Belgier und 40.000 Franzosen in 30 Baracken zusammengepfercht waren, wurde eine Baracke zum Lagertheater umgebaut und eine zweite zur Lagerkirche. In der Kirche konnte Olivier Messiaen komponieren, im Lagertheater wurde am 15. Januar 1941 das „Quatuor pour la fin du temps“ uraufgeführt.

Freitag, 27. Januar 2017, 19.00 Uhr
Hohenzollernhalle **Bisingen**, kleiner Saal

„Kolberg“ – ein Vorbehaltsfilm aus der NS-Zeit
Wie in den verangenen Jahren zeigt der Verein Gedenkstätten KZ Bisingen am Internationalen Holocaust-Gedenktag einen Vorbehaltsfilm. In diesem Jahr werden wir den Durchhaltefilm „Kolberg“, der über die Murnau-Stiftung verliehen wird, vorstellen. Es geht eine Einführung zum Film durch **Susanne Weller** und **Dr. Karl Kleinbach** voraus und anschließend findet eine Diskussion statt. Der Eintritt ist frei.

Sonntag, 29. Januar 2017, 16.00 Uhr
Alte Synagoge, Goldschmiedstr. 20
Hechingen

„Liebesgeschichten in der Musik, Teil 2: Clara und Robert Schumann“ mit **Jochen Brus** (Violine und Moderation) und **Alexander Reitenbach** (Flügel). Eintritt: 12 Euro / ermäßigt 10 Euro

Sonntag, 12. Februar 2017, 16.00 Uhr
Alte Synagoge, Goldschmiedstr. 20
Hechingen

„Liebesgeschichten in der Musik, Teil 3: Tschaikowsky“ mit **Jochen Brus** (Violine und Moderation) und **Alexander Reitenbach** (Flügel). Eintritt: 12 Euro / ermäßigt 10 Euro

Dienstag, 14. Februar 2017, 19.30
Museum **Bisingen**, Kirchgasse 15,
Bisingen

Im Rahmen der für alle offenen **Mitgliederversammlung** besucht der Pädagoge und Autor **Harald Roth** die Gedenkstätten und spricht über sein Buch **„Was hat der Holocaust mit mir zu tun?“**

Die Gedenkstätten-Rundschau wird herausgegeben von

Begegnungs- und Ausstellungszentrum Ehemalige Synagoge Haigerloch

Gustav-Spier-Platz 1, 72401 Haigerloch
Öffnungszeiten: Sa., So. 11.00–17.00
Do. 14.00–19.00 (nur 1. April bis 31. Okt.)
Gruppen nach Vereinbarung.
Gesprächskreis Ehemalige Synagoge Haigerloch e.V., Weildorfer Kreuz 22, 72401 Haigerloch, Tel. 0 74 74/27 37, Fax: 80 07 Kulturamt Stadt Haigerloch, Tel.: 0 74 74/697-26 -27, www.haigerloch.de. Weitere Infos: www.synagoge-haigerloch.de



Stauffenberg Gedenkstätte Lautlingen

Stauffenberg-Schloss, 72459 Albstadt Lautlingen. Öffnungszeiten: Mi., Sa., So. und an Feiertagen 14.00–17.00 und nach Vereinbarung.
Information: 0 74 31/76 31 03 (Museum während der Öffnungszeiten), 0 74 31/60 41 und 0 74 31/160-14 91



Gedenkstätten KZ Bisingen

Öffnungszeiten des Museums in 72406 Bisingen, Kirchgasse 15: So. 14.00–17.00
Informationen zur Ausstellung und zum Geschichtslehrpfad: Bürgermeisteramt Bisingen, Tel. 0 74 76 / 89 61 31
Fax 0 74 76 / 89 61 50
<http://kzgedenkstaettenbisingen.word-press.com>



Ehemalige Synagoge Rexingen

Freudenstädter Str. 16, 72160 Horb-Rexingen. Führungen nach Vereinbarung.
Träger- und Förderverein Ehemalige Synagoge Rexingen e.V., Bergstr. 45, 72160 Horb a.N. – Tel. 0 74 51/62 06 89
www.ehemalige-synagoge-rexingen.de



KZ-Gedenkstätten Eckerwald/Schörzingen und Dautmergen-Schöenberg

Initiative Eckerwald. Führungen nach Vereinbarung. www.eckerwald.de
Kontakt über Brigitta Marquart-Schad, Bergstraße 18, 78586 Deilingen.
Tel. 0 7426 / 8887
Email: ms.brigitta@web.de



Ehemalige Synagoge Rottweil

Kameralamtsgasse 6, 78628 Rottweil
Verein Ehemalige Synagoge Rottweil e.V
Gisela Roming, Krummer Weg 1, 78628 Rottweil
Tel. 07 41 / 94 29 755,
email: Giselaroming@aol.com



Gedenkstätte Synagoge Rottenburg-Baisingen

Kaiserstr. 59a (»Judengässle«), 72108 Rottenburg-Baisingen.
Geöffnet: So. 14.00–16.00. Gruppen nach Vereinbarung. Info und Postanschrift: Ortschaftsverwaltung Baisingen. Tel.: 0 74 57 / 69 65-02, Fax 69 65-56, baisingen@rottenburg.de.
Stadtarchiv und Museen Rottenburg, PF 29, 72101 Rottenburg. Tel. 0 74 72/165-351, Fax 165-392, museen@rottenburg.de, www.rottenburg.de



KZ Gedenkstätte Hailfingen · Tailfingen

Ausstellungs- und Dokumentationszentrum im Rathaus Gäufelden-Tailfingen.
Geöffnet: So. 15.00–17.00
Führungen auf Anfrage unter 0 70 32/2 64 55
Kontaktadresse: Walter Kinkelin
Schlehenweg 33, 71126 Gäufelden,
Tel. 0 70 32 / 7 62 31



Geschichtswerkstatt Tübingen – Denkmal Synagogenplatz

Gartenstrasse 33, 72074 Tübingen
rund um die Uhr geöffnet. Führung nach Vereinbarung. Geschichtswerkstatt Tübingen e.V., Lammstr. 10, 72072 Tübingen, Tel. 0 70 71 / 2 37 70, e-mail: info@geschichtswerkstatt-tuebingen.de
www.geschichtswerkstatt-tuebingen.de



Alte Synagoge Hechingen

Goldschmiedstraße 20, 72379 Hechingen
Öffnungszeiten und Führungen nach Vereinbarung über Bürger- und Tourismusbüro, Tel. 0 74 71/94 02 11 und Initiative Alte Synagoge Hechingen e.V., Heiligkreuzstr. 55, 72379 Hechingen.
Tel. 0 74 71 / 66 28



Löwenstein-Forschungsverein Mössingen

Vorstand: Irene Scherer
Rietsweg 2, 72116 Mössingen-Talheim
Tel. 07473-22750, Fax. 07473-24166
E-Mail: scherer@talheimer.de



Jüdischer Betsaal Horb – Museum

Fürstabt-Gerbert-Str. 2, 72160 Horb a.N.
Öffnungszeiten: Sa. und So. 14.00–18.00 oder nach Vereinbarung:
Tel. 0 74 51 / 62 06 89. Postanschrift: Stiftung Jüdischer Betsaal Horb, Bergstraße 45, 72160 Horb a.N.
www.ehemalige-synagoge-rexingen.de

Impressum: Redaktion und Gestaltung
Verlagsbüro Högerle, Bergstraße 45.
72160 Horb, Tel. 0 74 51/62 06 89.
Email: verlagsbuero@t-online.de

Gefördert durch

Baden-
Württemberg
Stiftung
WIR STIFTEN ZUKUNFT



Stuttgarter
Lehrhaus
STIFTUNG FÜR INTERKULTURELLEN DIALOG